

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 5/2010



Verschwundene Milliarden
Politische Sicherungsverwahrung
Spitzel in Cottbus

Aktuell

- 3 Rentenkürzung rechtmäßig
Ehrenpension statt Opferrente
UOKG widerspricht
Gratulation
Resolution
Bürgerrechte eingeschränkt
Umgezogen

Thema

- 4 Währungsunion 1990 –
Die wundersamen Wege von Geld und Gold, Teil II

spezial

- 6 Psychiatriemißbrauch in der DDR, Teil II

Aufarbeitung

- 8 Alles Spitzel oder was?

Berichte

- 10 Studentischer Widerstand
Pfarrer und Zuträger
- 11 Sängertreffen
- 12 Parade für die Sieger
17. Juni 2010 in Bautzen
- 13 UOKG-Verbandetreffen
Nachtrag Recht

Verbände

- 14 Halle-Forum
Mühlberg
- 15 Sachsenhausen
Forum zur Aufklärung
Lindenstraße 54
BSV
UOKG
- 16 Suchanzeigen
Leserbriefe

Service | Bücher

- 17 Offenes Postgeheimnis
Aus deutscher Teilungszeit
- 18 Nachruf Hans Corbat
- 19 Nachruf Bernd Eisenfeld
Gedenkveranstaltung Jamlitz

Service/Veranstaltungen

17-19

Umschlagbild:

Das Fenster des Gedenkens. Es ist Teil des Außengeländes der Gedenkstätte Berliner Mauer und erinnert an Menschen, die an der Mauer bei einem Fluchtversuch oder im Zusammenhang mit dem Grenzregime erschossen wurden bzw. tödlich verunglückten. Auf dem Fenster sind die Portraits der Toten, ihre Namen und Daten zu sehen. Hier kann jedes einzelnen Opfers individuell gedacht werden, kleine Nischen in der Wand bieten Raum für eine Kerze oder Blumen. Fenster des Gedenkens, Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße, 13355 Berlin. Foto: N. Radlitz

Nützliche Idioten

Wie die SED zum „Königsmacher“ im vereinten Deutschland wurde

Von Rainer Wagner

Wer hätte am 3. Oktober 1990 geglaubt, daß die Staatspartei der gerade zu Grabe getragenen DDR schon 20 Jahre später im bevölkerungsreichsten Land der alten Bundesrepublik Zünglein an der Waage der Regierungsbildung wird? Mit Recht freute sich der größte Teil unseres Volkes des Sieges der unblutigen Revolution über die kommunistische Willkürherrschaft. Allerdings hätte man auch damals bereits einige dunkle Schatten auf dem Bild des neuen „Deutschland, einig Vaterland“ erkennen können. Schon tauchten zu neuen Kapitalisten mutierte ehemalige DDR-Funktionäre auf und sicherten sich die besten Plätze an den Fleischtopfen der westlichen Marktwirtschaft.

Die SED wechselte ihren Namen wie eine Schlangenhaut und nannte sich zunächst SED/PDS. Ihre Führer, die „verdienten Genossen“ Modrow, Gysi und im Hintergrund Markus Wolf, hatten bereits einen Überlebensplan entwickelt, mit dem sie nicht nur große Teile des Parteivermögens retten wollten, sondern vor allem das politische Überleben zu sichern meinten. Und nicht wenige derer, die mit Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher und Richard von Weizsäcker auf der Bühne vor dem Reichstag jubelten, hatten sich in der DDR unterschriftlich dem brutalsten Machtinstrument des untergegangenen „Arbeiter-und-Bauern-Staates“, der Staatssicherheit, angedient.

Daß Demokraten, ob sozialdemokratischer, konservativer oder christlicher Prägung, manchmal etwas naiv sind, hatte schon Lenin in seinem mörderischen Revolutionsplan kalkuliert. Redete er doch abfällig von ihnen als „nützliche Idioten“. Sicher waren auch wir Opfer und Widerständler vor 20 Jahren noch etwas naiv, als wir meinten, nun sei der SED-Spuk endgültig vorbei. Wie wir uns irrten, beweist ein Blick in den heutigen Bundestag. Ja, noch schlimmer, dank Lafontaine sind die Gefolgsleute Honeckers heute in fast allen Landtagen der Bundesrepublik präsent. Selbst in ihren extremsten Erscheinungsformen, wie in NRW, werden die SED- und DKP-Nachfolger zu den „Königsmachern“. SPD-Genossen und ihre grünen Juniorpartner machen sie salonfähig. Dabei könnte ein kurzer Blick in

die Geschichte zeigen, wie gefährlich es für Demokraten ist, Kommunisten in ihr politisches Machtspiel einzubauen. Die Sozialdemokraten Rußlands bezahlten dieses Spiel 1917, ebenso wie die mitteldeutsche SPD nach 1946, mit dem Leben. Kaiser Wilhelm II. ließ Lenin während des Ersten Weltkriegs im geschlossenen Waggon durch Deutschland nach St. Petersburg fahren. Er hoffte, den Kriegsgegner Rußland damit zu schwächen. In Wirklichkeit öffnete er dem Bolschewismus damit die Tür. Wilhelm war Lenins nützlicher Idiot.

Als Reinhardt Höppner sich 1994 mit den Stimmen der PDS zum Ministerpräsidenten wählen ließ und sie später in die Regierung aufnahm, hoffte er, sie durch die Zwänge der Tagespolitik zu entzaubern. Es ging ihm wie Goethes Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nicht mehr los wurde. Heute sitzen sie schon in der vierten Landesregierung, und Hannelore Kraft hat sich gerade zur Ministerpräsidentin von Linken-Gnaden gemacht. Die Verachtung dieser Partei für Demokraten und ihre Sympathie für das SED-Regime wurde erst jüngst wieder deutlich, als der Bundestagsabgeordnete der Linken, Diether Dehm, die Bundespräsidentenskandidaten Wulff und Gauck mit Hitler und Stalin verglich; oder als die Kandidatin der Linkspartei, Luc Jochimsen, ausgerechnet am 17. Juni erklärte, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen. Und Sahra Wagenknecht, stellvertretende Partei-Vorsitzende, ist die Galionsfigur der linksextremen Kommunistischen Plattform. Sie hat ihren Wahlkreis in Düsseldorf, der Landeshauptstadt von Hannelore Kraft.

Mögen einige verblendete Idealisten oder in der Freiheit der alten Bundesländer sozialisierte „nützliche Idioten“ sich über den Charakter einer kommunistischen Partei Illusionen machen – wir, die wir ihren unverdeckten Terror in der DDR erleiden mußten, lassen uns nicht täuschen. Wir freuen uns am 3. Oktober über 20 Jahre Einheit in Freiheit. Weil uns diese Freiheit aber so lieb und wichtig ist, werden wir allen ihren Gegnern weiter illusionslos und mutig entgegen treten.

Renten Kürzung rechtmäßig

(bverge) Mit seiner Entscheidung vom 6. Juli 2010 hat das Bundesverfassungsgericht bestätigt, daß die Kürzung bestimmter Zusatzrenten einzelner Gruppen mit leitenden Funktionen im Partei- und Staatsapparat der DDR verfassungsgemäß ist. Geklagt hatten der ehemalige DDR-Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Hans Reichelt, sowie der stellvertretende Minister für Leichtindustrie, Hans Lessing. Der Einwand der Kläger, bei dieser Renten Kürzung handle es sich um ein „Rentenstrafrecht“ des bundesdeutschen Gesetzgebers, greife nicht. Der entsprechende Paragraph im Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz sanktioniere nicht früheres Verhalten von Betroffenen, sondern unterbinde die Fortschreibung von Vorteilen aus dem DDR-System im Rentenrecht der Bundesrepublik. Die auf die Zeiten der Funktionsausübung beschränkte Renten kürzung sei auch nicht unverhältnismäßig, denn die verbleibende Rente liege immer noch erheblich über der Durchschnittsrente eines früheren Bürgers der DDR.

Der Gesetzgeber habe die Kürzung auf eine Personengruppe beschränkt, der unzweifelhaft Entgelte gezahlt worden seien, die teilweise nicht leistungsbezogen waren, sondern Prämien für Systemtreue darstellten. Damit habe sie von ungerechtfertigten Vorteilen profitiert. ■

Ehrenpension statt Opferrente

(st-ba) Anlässlich der Würdigung des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR hat Rainer Eppelmann (CDU), Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Aufarbeitung, auf Defizite bei der Entschädigung von Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft hingewiesen. Vor dem Hintergrund der im kommenden Jahr auslaufenden Antragsfristen der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze sehe er es als erforderlich an, „die Befristung der Antragstellung nach den Rehabilitierungsgesetzen zu streichen sowie die Beweislastumkehr für die Anerkennung von in politischer Haft in der SBZ und DDR erlittenen Gesundheitsschäden zu realisieren.“ Die sogenannte Opferrente für ehemalige politische Gefangene solle

unabhängig von der sozialen Bedürftigkeit gewährt werden „und damit zugleich eine Anerkennung des Eintretens für Demokratie und Freiheit in der SED-Diktatur sein.“ ■

UOKG widerspricht Gesine Schwan

(st) Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG hat die Rede der ehemaligen SPD-Präsidentenskandidatin Gesine Schwan am 17. Juni 2010 vor dem Deutschen Bundestag als unverantwortlich bezeichnet. Schwan hatte die Ursachen des Volksaufstandes 1953 in der DDR mit der heutigen Situation in der Bundesrepublik verglichen: „Angesichts der Übermacht der ökonomischen Probleme in der DDR blieb der Führung nur die Aussetzung der letzten bürgerlichen Freiheiten, die es bis dato noch gegeben hatte. Nur so ließ sich das Zwangssystem der Planwirtschaft verteidigen. Heute stehen wir vor einer ähnlich schwierigen Situation...“ Dazu erklärte die UOKG: „Während die Bevölkerung der DDR seinerzeit unter einer unmenschlichen Diktatur leiden mußte, verfügen wir heute über eine freiheitliche Gesellschaftsordnung mit demokratischen Mechanismen zur Lösung von Problemen.“ Dies gelte auch gegenüber den Herausforderungen der Globalisierung. ■

Gratulation

Der Vorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG, Rainer Wagner, hat im Namen der Mitgliedsverbände Christian Wulff zur Wahl als Bundespräsident gratuliert. „Für uns Opfer und Widerständler aus der Zeit des Unrechtsstaates DDR waren die bisherigen Bundespräsidenten die politische Instanz, mit der wir uns in besonderer Weise identifizieren konnten. Wir sahen unsere Anliegen bei ihnen verstanden und von ihnen vertreten. Wir sind davon überzeugt, daß sich dieses gute Verhältnis unter Ihrer Präsidentschaft noch weiter vertiefen wird.“ Christian Wulff hatte, noch als Präsidentschaftskandidat, ein Grußwort an das Verbändetreffen der UOKG am 19. Juni in Berlin-Hohenschönhausen gerichtet. ■

Resolution

Auf ihrem Verbändetreffen am 19. und 20. Juni haben die Mitglieder der UOKG sich in einer Resolution von der Aussage der Bundespräsidentenskandidatin der Linken, Luc Jochimsen, kritisiert, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen. „Daß Frau Jochimsen den Gedenktag des Volksaufstandes in der DDR dazu mißbrauchte, mit dieser Geschichtslüge die Opfer des SED-Staates zu beleidigen und zu verletzen, zeigt den moralischen Tiefstand ihrer Ideologie und der ihrer Partei.“ ■

Bürgerrechte weiter eingeschränkt

(st) Mit der Unterschrift Präsident Medwedew unter ein neues Gesetz hat der russische Inlandsgeheimdienst FSB – Nachfolger des KGB – weitere Vollmachten erhalten. Nun kann auch legal ohne Beweise bei bloßem Verdacht gegen Bürger vorgegangen werden. Auffälliges Verhalten genügt bereits für eine Vorladung. Wer ihr nicht Folge leistet, kann mit bis zu umgerechnet 1250 € Geldbuße oder 15 Tagen Haft bestraft werden. Offiziell soll das Gesetz der Extremismus- und Terrorbekämpfung dienen. Menschenrechtler hingegen kritisieren es als Festigung des Überwachungsstaates und fürchten, es könne zur Einschüchterung der unlieb-samen Opposition verwendet werden. Die vagen Formulierungen öffneten Tür und Tor für einen Mißbrauch durch den Geheimdienst. ■

Umgezogen

(st) Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn ist umgezogen.

Neue Adresse:
An der Marienkapelle 10, 53179 Bonn

Mail-Adressen, Telefon- und Fax-Nummern bleiben unverändert.

Die Währungsunion 1990

Eine Geschichte der wundersamen Wege von Geld und Gold

Von Reinhard Dobrinski

Teil II – Land in Sicht für die Milliarden

Hintergrund der folgenden Ausführungen sind die kriminellen Energien zur Sicherung von Vermögensteilen der SED/PDS im Prozeß der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Neben dem bis in das Jahr 2010 reichenden NOVUM-Prozeß gehören die Transfers im Vorfeld und während der Währungsunion zu den aufsehenerregendsten Prozessen.

Die Parteiaktivisten Pohl, Langnitschke und Kaufmann, getragen von dem Willen, SED-/PDS-Vermögen zu retten (gegebenfalls in den Untergrund), vollzogen im April 1990 einen dubiosen Transfer von 460 Millionen Mark über die Staatsbank der DDR, Hauptabteilung I, zur MfS-Sparkasse, um diesen Betrag nach mehrmonatigem „Parken“ an die Deutsche Handelsbank AG weiterzuleiten. Eine finanzielle Transaktion, deren Quelle auch heute noch als nicht endgültig aufgeklärt gelten muß.

Anklage und erstinstanzliches Gericht gingen von einem Straftatbestand aus. Mit Urteil vom 20.3.1992 verhängte das Landgericht Berlin Freiheitsstrafen von zwei Jahren sowie einem Jahr und neun Monaten, jeweils zur Bewährung ausgesetzt. Auf die Revisionsanträge der Angeklagten hin hob der Bundesgerichtshof das Urteil jedoch auf und verwies die Sache an eine andere Strafkammer des Landgerichts Berlin zurück. Dort wurden mit Urteil vom 20. Juli 1995 die Angeklagten freigesprochen, denn nach Auf-

fassung der 14. Strafkammer verhielten sich die Finanzjongleure so, wie sie sich durch Vertrag der Partei gegenüber gebunden sahen und schließlich auch handelten. Das Verfahren endete also wie das Hornberger Schießen.

Zum Fall selbst: Im Juni 1990 wird durch die Regierung de Maizière kraft Gesetzes mit Blick auf die Währungsumstellung eine Untersuchungskommission eingesetzt, die strafbares Handeln im Zusammenhang mit der Währungsunion untersuchen soll. Alle Inhaber von zeitnah eröffneten Konten, die natürliche Personen mit Guthaben über 100 000 Mark oder juristische Personen mit Guthaben über 250 000 Mark sind, müssen dieser Untersuchungskommission von der Staatsbank gemeldet werden. Bei auffälligen Kontobewegungen ist die Prüfung von Verdachtsgründen auf strafbares Handeln vorgegeben. Und § 4 dieses Gesetzes verpflichtet die Kommission bei Bestätigung des Verdachts zur Anzeige.

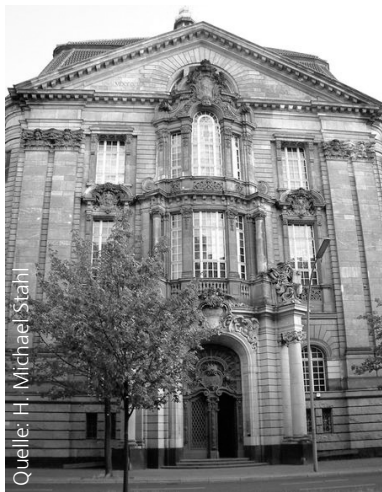
Am 15.8.1990 schreibt DDR-Finanzminister Walter Romberg an de Maizière –beigefügt ist ein Untersuchungsbericht– der erwähnten Kommission. Dort unter erstens, für den Ministerpräsidenten unübersehbar aufgeführt, eine dubiose Geldbewegung über 460 Millionen Mark zugunsten eines Kontos „6612-35-445007“ (die drei Endziffern erscheinen in diesem Zusammenhang wie ein schlechter Witz). Weitergehenden Handlungsbedarf im Sinne der gesetzlichen Forderungen sehen beide aber offensichtlich nicht.

Nach den bei der Stasi-Unterlagenbehörde (BStU) vorhandenen Unterlagen über die Gründung einer, nach den Grundsätzen der Konspiration geführten, MfS-eigenen Sparkasse (s. Abb. S. 5) ist diese Sparkasse zweifelsfrei Empfänger des dreistelligen Millionenbetrages. Nur Eingeweihte wissen, daß der Zahlungsverkehr dieser Einrichtung über Verrechnungskonten der Hauptabteilung I der Staatsbank der DDR abgedeckt, d.h. für den zivilen Sektor nicht erkennbar wurde.

Der ehemalige Generalmajor des MfS, Werner Hennig, am 7. März 1995 vor dem 2. Untersuchungsausschuß „DDR-

Vermögen“ des Deutschen Bundestages in Bonn u.a. auch zu diesen 460 Millionen befragt, verweist darauf, daß er am 31.3.1990 ausgeschieden sei und nicht wisse, wo das Geld herkomme, das im April 1990 bei der MfS-Sparkasse eingegangen war. Nach den Feststellungen der Untersuchungskommission ist die Gutschrift auf dem Empfängerkonto der MfS-Sparkasse im Juni 1990 und der Transfer zur Deutschen Handelsbank AG am 12. September 1990, also ein Viertel Jahr später, erfolgt. Durch die zwischenzeitliche Währungsunion waren aus Mark der DDR begehrte D-Mark geworden und damit für den Auslandszahlungsverkehr verfügbar. Am 2. Oktober, einen Tag vor der deutschen Einheit, wurden die 107 Millionen Mark an die Firma Putnik überwiesen. Ein Deal, der schließlich die für Regierungs- und Vereinigungskriminalität zuständigen Behörden auf den Plan rief.

Das Forum zur Aufklärung und Erneuerung griff den Fall im Rahmen seines Forschungsprojektes „SED-/MfS-Finanzgebaren als Bestandteil des repressiven Systems“ auf. Der damalige Vorstandsvorsitzende, Dr. Wolfgang Ullmann, hatte die Präsidentin des Bundesrechnungshofes um ein Gespräch mit Gerd Henneberg, am 2. Oktober 1990 Chef des Rechnungshofes der DDR und der Untersuchungskommission „Währungsumstellung“, ersucht und die Zustimmung zu einer Befragung erhalten. Den Schwerpunkt bildeten prüfungsrelevante Hintergründe zu dem fraglichen Konto bei der MfS-Sparkasse, besonders, was die Finanzexperten bewogen hatte, den Auffälligkeiten nicht nachzugehen. Henneberg führte aus, daß sie Fragen der Begehung von Straftaten nicht nachgegangen seien. Entsprechend wurde auch nicht geprüft, wer das Konto bei der MfS-Sparkasse überhaupt eröffnet habe. Diese Argumentation eines ausgewiesenen Finanzexperten gab und gibt Rätsel auf. Sie schließt sogar ein, daß Prüfungen ins Leere geführt wurden. Eine solche Annahme leitet sich aus der Tatsache her, daß die Staatsbank der DDR am 30. Juni 1990 ihre Geschäftstätigkeit kraft Gesetzes eingestellt hat. Die danach erfolgten Transaktionen von der MfS-Sparkasse zur Deutschen Außenhandelsbank konnten nur durch Insider der ehemaligen Staatsbank, soweit sie vom Rechtsnachfolger Berliner Staatsbank übernommen wurden, konspirativ abgewickelt werden. Der tatsächliche Hergang wird sich nicht mehr aufklären lassen, weil die noch Jahre nach der Wiedervereinigung bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau vorhan-



Quelle: H. Michael Stahl

Landgericht Berlin in Moabit.

denen Bankbelege der Hauptabteilung I der Staatsbank von der BStU nicht übernommen und deshalb vernichtet wurden.

Ähnlich ist die Abwicklung der Bankgeschäfte der MfS-Sparkasse innerhalb des Komitees zur Auflösung des MfS/AfNS einzuordnen. Nach den Recherchen des Forums zur Aufklärung und Erneuerung wurden bis Februar 1990 neben der Zahlung von Agentenlöhnen aus sogenannten Operativgeldern zum Teil noch nicht getilgte Kredite auch aus Haushaltsmitteln abgedeckt. Daß die MfS-Sparkasse ihre Tätigkeit in diesem Komitee fortführte, ist auf eine Entscheidung der zivilen Sparkassen zurückzuführen. Sie weigerten sich im Januar 1990, einer Weisung des stellvertretenden Präsidenten der Staatsbank der DDR zur Übernahme der MfS-Sparkasse nachzukommen. Der Leiter der Hauptabteilung 1 der Staatsbank der DDR, der die Übernahme gegenüber Hennig bereits verkündet hatte, mußte tags darauf zurückrudern.

Zu den herausragenden Ereignissen der Umbruchzeit 1989/90 und der Währungsunion gehört auch ein Vorgang, der es verdient, als Regierungs- und Bankenskandal bezeichnet zu werden. In jahrelangen Recherchen ist das Forum zur Aufklärung und Erneuerung den wundersamen Wegen nachgegangen, den die von KoKo-Chef Alexander Schalck-Golodkowski angelegte und bei seiner Flucht am 2./3. Dezember 1989 im Keller seines Dienstsitzes in der Berliner Wallstraße zurückgelassene Goldreserve von insgesamt 21,2 Tonnen genommen hat.

Im Bericht der Staatlichen Finanzrevision/Valutakontrollgruppe vom 16.2.1990 über eine Prüfung des KoKo-Bereiches ist auf Seite 18 ausgeführt, daß 1988/89 für insgesamt 493,2 Mio. Valutamark 19,97 Tonnen Gold gekauft und am 8. Dezember 1989 eine Gesamtmenge von 21,2 Tonnen zur Verwahrung an die Staatsbank übergeben wurden. Eine Übernahme von Inventurlisten zu den Arbeitsunterlagen der Prüfer bleibt unerwähnt.

Unsere Bemühungen, Herkunft und Verbleib dieser nicht unerheblichen Menge zu klären, scheiterten. Die Adressaten unserer Anfragen, die beiden letzten DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow und Lothar de Maizière, verloren sich in Antworten auf nicht gestellte Fragen oder hüllten sich in staatsmännisches Schweigen. Im Bundesfinanzministerium, wo auch der letzte DDR-Finanzminister Werner Skowron einbezogen werden

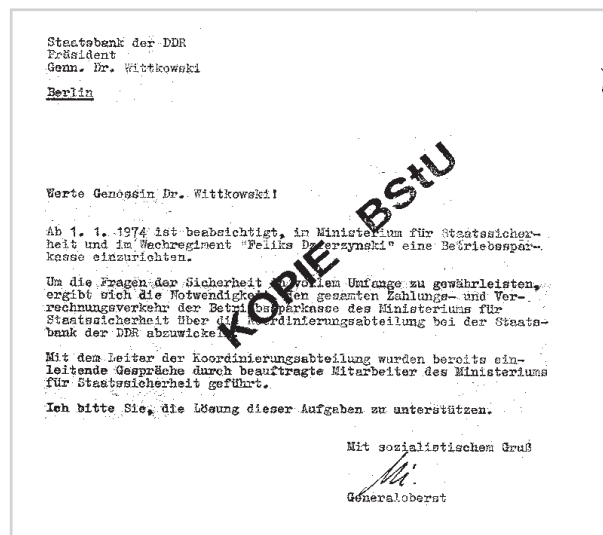
konnte, wurde bei sichtlicher Auskunftsbereitschaft die Existenz einer solchen Goldmenge generell in Zweifel gezogen. Der Hinweis auf Schalck-Golodkowski „Deutsch-deutsche Erinnerungen“, Rowohlt-Verlag, wo die Goldgeschäfte bestätigt sind, vermochte nicht zu überzeugen. Entgegen jeder Logik drohte so ein durch Beteiligte und unabhängige Quellen bestätigter Tatbestand zu einem Phantom zu werden.

Zunächst kaum glaubhafte Hinweise, wonach die der Staatsbank der DDR die ihr zur Verwahrung übergebenen Goldmengen in die Mark-Schlußbilanz per 30. Juni 1990 eingestellt habe und diese in die DM-Eröffnungsbilanz per 1. Juli 1990 des eigenen Rechtsnachfolgers, der Staatsbank Berlin, eingegangen seien, boten immerhin einen neuen Ansatz. Naheliegend war also die Einsichtnahme in die den Wirtschaftsprüfern vorgelegten Geschäftsunterlagen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Dabei bestätigten sich nicht nur die Hinweise zu den Bilanzierungsvorgängen; es sollte noch schlimmer kommen. Der neue 24-Stunden-Eigentümer, die Staatsbank der DDR, veranlaßte am 29. Juni 1990 eine Gutschrift in Höhe von 463.956.512, 62 Mark der DDR, und die Berliner Staatsbank weist die Edelmetallbestände in der DM-Eröffnungsbilanz per 1. Juli 1990 mit 460.000.000,00 DM aus.

Die mit der Prüfung der M-Schlußbilanz der Staatsbank der DDR beauftragten Wirtschaftsprüfer der TREUARBEIT Aktiengesellschaft führen in Randziffer 10 des Berichtsanhanges aus:

„Den Goldbestand kaufte die Staatsbank im Juni 1990 zu einem Preis von Mark 463,9 Mio. Im Herbst 1990 wurden die Bestände in Anwesenheit der Innenrevision gewogen; dabei wurde festgestellt, daß das Rohgewicht bei insgesamt rd. 22.224 kg und damit rd. 48 kg höher lag als im Kaufvertrag zugrunde gelegt. Der Wert des Goldbestandes wurde durch eine entsprechende Zuschreibung in Höhe von Mark 1,0 Mio. erhöht.“

Dieser Kauf/Verkauf des Goldbestandes setzte voraus, daß ein Bevollmächtigter der Regierung (wer war es und wer war sein Vollmachtgeber?) zu einem widersinnigen Vertragsabschluß zum Nachteil der DDR ermächtigt wurde; die Umrechnung der Goldreserve nach dem einst üblichen Kurs von DDR-Mark zu DM von 1:1 war finanzwirtschaftlicher Unsinn von strafrechtlicher Relevanz.



Eine Frage der Sicherheit: Brief Erich Mielkes vom 1.11.1973 an die Präsidentin der DDR-Staatsbank.

In der DM-Eröffnungsbilanz, Berichtsanhang Randziffer 59, treffen die Wirtschaftsprüfer derselben Prüfungsgesellschaft zu dem Vorgang die folgende Aussage:

„Der Goldbestand resultiert aus Übertragungen des Ministeriums der Finanzen der DDR von Ende 1989 und Mitte 1990 an die Staatsbank; nähere Erläuterungen enthält der Berichtsanhang zur Mark-Schlußbilanz unter Text 10. ...“

Der Vorgang stellt sich als dubioser Eigentumswandel dar, jetzt durch Übertragungen vollzogen, die eine Leidenschaft des Ministeriums der Finanzen und seines Ministers für Verlustgeschäfte dokumentiert. Das Handeln des „Verkäufers“, vorausgesetzt die Darstellung der Wirtschaftsprüfer ist belegt, ist nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Haushaltsführung weder nachvollziehbar noch verantwortbar. Gegen die Darstellung der Wirtschaftsprüfer spricht die Tatsache, daß sich der letzte DDR-Finanzminister an diese Goldgeschäfte nicht erinnern kann ...

Angesichts dieses nebulösen Hintergrunds ist die Einsichtnahme in den Kaufvertrag bei einer in Frankfurt am Main ansässigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, von der die damalige Prüfungsgesellschaft übernommen wurde, zur Aufhellung des Geschehens unverzichtbar.

(Der Autor war bis zu seinem Ruhestand Mitarbeiter einer Berliner Finanzkontrollbehörde und ist Vorsitzender des Forums zur Aufklärung und Erneuerung.)

Politische Sicherungsverwahrung

Psychiatriemißbrauch in der DDR

Von Dietrich Koch

Teil II – Ein Einzelfall, der keiner war

Durch Rehabilitierungsbeschluß des 1. Senats für Rehabilitierung des Bezirksgerichts Leipzig vom 21.10.1992 wurde das DDR-Urteil vom 13.3.1972 vollständig aufgehoben, einschließlich der psychiatrischen Teile.

Prof. Dr. Klaus Weise aus Leipzig sagte mir ca. 1995, daß die DDR-Gerichte keine Neigung zur Überprüfung solcher Einweisungsbeschlüsse gehabt hätten, so daß dieses Gutachten über mich praktisch lebenslänglich bedeute. Er empfahl mir, mich an die sächsische Psychiatriemißbrauchskommission zu wenden. Außerdem sprach ich mit Prof. Dr. Otto Bach, Direktor der Psychiatrischen Universitätsklinik Dresden. Er bestätigte mir: „Als wir Sie damals [1969/70] bei uns angestellt haben, waren Sie gesund.“ Zu meinem Buch hat Prof. Dr. Bach eine Rezension im

weise im Haftkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie Waldheim verabreichten Dosen von Psychopharmaka erwähnte, griff er zum Telefon. Anschließend erklärte er mir, eine Frau Dr. Süß habe ihn beraten. Sie meine, ich hätte nur Placebo-Präparate erhalten. Darin sah ich allerdings keinerlei Sinn. Eberhard Uhlig faßte zusammen, er habe bereits alle Waldheimer Gutachten durchgesehen und keinen Fall von Psychiatriemißbrauch darin gefunden. Ich wäre also sein einziger Fall. Das fand ich erstaunlich.

Die Kommission beauftragte Professor Dr. Klaus Foerster von der Universität Tübingen mit der Überprüfung des Waldheimer Gutachtens. Mein Gespräch mit ihm fand in einer guten, zugleich verständnisvollen und sachlichen, Atmosphäre statt. Anschließend sagte er mir, nach seinem fachlichen Urteil seien sowohl der Einweisungsvorschlag als auch die Zuerkennung erheblich verminderter Zurechnungsfähigkeit falsch und weiter: „Das Gutachten Dr. Petermanns ist fachlich eine Katastrophe.“ Außerdem glaubte Foerster nicht, daß sich Petermann kaum mehr an mich erinnern könne. Er jedenfalls habe an jeden seiner Probanden eine genaue Erinnerung.

Das Kommissionsgutachten (S. 7) stellt fest, „daß das Gutachten des Dr. Petermann in seinen Grundlagen wie im Ergebnis fehlerhaft war“, und kommt zum Ergebnis: „Die Unterbringung des Antragstellers im Haftkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie Waldheim war nicht gerechtfertigt.“ (S. 1)

Die Kommission (S. 6 f.) bestätigte meine oben dargelegten Auffassungen: „Das medizinische Gutachten ist aus heutiger Sicht nicht vertretbar. Die Beurteilung durch Dr. Petermann war im Ergebnis methodisch ungenügend, inhaltlich falsch. Bereits die von Dr. Petermann erwähnten ‚paranoiden Ansätze‘ waren aufgrund der Befunde der psychiatrischen Universitätsklinik Leipzig nicht zu belegen. Das gleiche gilt für die von Dr. Petermann angenommene Schichtneurose nach Schultz. Darunter versteht man eine abnorme seelische Entwicklung, die aus inneren unbewältigten Konflikten entsteht und tiefere Schichten der Persönlichkeit

in Mitleidenschaft zieht. Dies führt zur Ausbildung von körperlichen Funktionsstörungen. Solche waren bei Dr. Koch weder beschrieben noch beklagt und auch nicht im Leipziger Krankenblatt benannt. Aus heutiger Sicht spricht alles dafür, daß es sich damals um eine konkrete berufliche Problematik gehandelt hat. Anhaltspunkte dafür, daß im Zeitraum der Erstattung des Gutachtens in Waldheim neurotische Fehlentwicklungen noch bis ins ‚Psychopathologische hineinreichten‘ oder gar ‚die psychische Verfassung des Beschuldigten unbedingt fachärztliche therapeutische Hilfe erfordere‘, konnten sich bei Gutachtenerstattung 1972 nicht mehr ergeben.“

Der Kurzbericht der Kommission zu meiner Person, Einzelfall Nr. 183, lautet: „Ergebnis: Psychiatriemißbrauch.“ Außerdem enthält der Kommissionsbericht die auf mich bezogene taktische Konzeption des MfS „in einem Verfahren, bei dem die ‚Überführung‘ des Beschuldigten sich schwierig gestaltete“ (S. 26).

Dr. Petermann hat der Kommission gegenüber bestritten, mit dem MfS Kontakt gehabt zu haben. Aber zum einen lagen ihm die Akten der Staatssicherheit einschließlich des Begutachtungsauftrages vor, so daß er die Absicht des MfS kannte. Zum anderen hatte sein Vorgesetzter Dr. Ochernal regelmäßigen Kontakt zum MfS.

Das Gutachten über mich ist von Oberstleutnant Obermedizinalrat Dr. Ochernal, seiner Stellvertreterin Oberleutnant Dr. L. Piechocki und Leutnant Dr. Petermann unterschrieben - für das Haftkrankenhaus Waldheim ungewöhnlich. Da es als ausgeschlossen gelten kann, daß drei Psychiater übereinstimmend zu einem vollständig falschen Gutachten kommen, muß es also einen externen Grund geben. Dafür aber kommt nur der Wille des MfS in Betracht.

Dr. Sonja Süß hatte ich das Manuskript meines Buches geschickt. Später rief sie mich an und erklärte mir, sie habe dessen Ausführungen in ihrem Buch (Sonja Süß: Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR. Links Verlag Berlin 1998) nicht berücksichtigt, weil ich diese in einem Telefonat mit ihr zurückgenommen hätte. Das hatte ich allerdings mit keinem Wort getan. Als dann das Manuskript von Dr. Süß' Buch bei mir ankam, hatte ich nur anderthalb Tage Zeit für eine Stellungnahme zu den falschen, mich betreffenden Ausführungen. Unter



Foto: Thomas E. Götz

Dietrich Koch: „Die Opfer des Psychiatriemißbrauchs in der DDR schweigen fast alle.“

Ärztblatt Sachsen 1/2001 geschrieben. Auch war er als Vertreter der Ärztekammer Mitglied der Psychiatriemißbrauchskommission.

Als ich mit dem Kommissionsvorsitzenden, dem Leitenden Oberstaatsanwalt i.R. Eberhard Uhlig, in Dresden sprach und dabei auch die hohen, mir zwangs-

diesen Umständen habe ich ihr die Darlegung meines Falles untersagt.

Bei einer Tagung in der Tutzingener Akademie für politische Bildung traf ich vor wenigen Jahren wieder auf Frau Dr. Süß, die ihre These vortrug, daß es in der DDR keinen (systematischen) Psychiatriemißbrauch gegeben habe. Ich widersprach ihr öffentlich. Daraufhin sagte sie, für eine Entgegnung müsse sie auf ihre Einsicht in meine Stasi-Akten Bezug nehmen, was die ärztliche Schweigepflicht ihr verbiete. Ich habe Frau Dr. Süß sofort öffentlich von ihrer Schweigepflicht entbunden. Darauf schwieg sie. Am nächsten Tag, als ich meinen Vortrag über den Psychiatriemißbrauch hielt, war sie abgereist.

Dr. Süß hat durch ihr Buch praktisch eine Art Monopol zum Psychiatriemißbrauch in der DDR erworben, dessen Existenz sie leugnet. Dies ist für Psychiatriemißbrauchsopfer aus der DDR eine Katastrophe. Denn da es angeblich keinen Mißbrauch gab, war eben jeder Psychiatrisierte wirklich krank. Also schweigen fast alle.

Nach Dr. Süß bestand politischer Psychiatriemißbrauch in der Sowjetunion gerade darin, „dass politisch missliebige Personen von KGB-Psychiatern als angeblich psychisch krank falsch diagnostiziert, zwangsmedizinisiert und ohne Zeitbegrenzung inhaftiert wurden“ (Dr. med. Sonja Süß: Kein Mißbrauch à la Sowjetunion. Zur Rolle der Staatssicherheit in der Psychiatrie. Deutsches Ärzteblatt Jg. 106, Heft 39, 25.9.2009). Alle diese Kriterien sind in meinem Fall erfüllt. Nur anstelle von KGB-Psychiatern fand meine Psychiatrisierung durch Gutachten eines DDR-Oberstleutnants, einer Frau Oberleutnant und eines Leutnants statt, auf Antrag eines MfS-Majors, durch Urteil eines Strafsenats.

Es gibt wenige positive Ausnahmen. Der Petitionsausschuß des Bundestages kommt zu dem Schluß, „dass Psychiatriemißbrauch in der ehemaligen DDR in unterschiedlicher Ausprägung, unter anderem zur Disziplinierung unbequemer Menschen durch politische Machthaber, tatsächlich stattgefunden hat“. Und: „Es ist eine historische Tatsache, dass in der DDR zumindest in Einzelfällen Regimegegner zwangspsychiatrisiert [...] worden sind.“ (Beschl. v. Deutschen Bundestag am 13.12.2007, BT-Drucksache 16/7493) Friedrich Weinberger, Vorsitzender der Gesellschaft für Ethik in der

Bestätigt: *Mielke*

Beurteilungsblatt

BSU
000156

Name K o c h Vorname Dietrich
 geb. am 27. 8. 1937 in Leipzig
 wohnhaft in 7022 Leipzig, Coppistraße 22 **22.9.72 107**
 Soziale Herkunft Angestellter Beruf Diplom-Physiker
 Letzte Tätigkeit Wissenschaftlicher Assistent am Hirnforschungsinstitut der
 KIU Leipzig
 Parteizugehörigkeit _____ (Partei) _____ (von - bis) _____ (Funktion)
 Festgenommen am 16.4.70 verurteilt am 19.3.72 durch BG Leipzig
 Strafmäß 2 J. 6 Mo. PS Strafbeginn 16. 4. 70 Strafdende 15.10.1972
 Strafminderungen Vermindert Zurechnungsfähiger

§§ 106, 107

Straftat
 Beschuldigter betrieb seit Mai 1968 planmäßig staatsfeindliche Hetze mit dem Ziel der Aufwiegelung und Zersetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR, indem er Festlegungen einer staatsfeindlichen Gruppe folgend, deren Mitglied er war, am 27. 5. 68 auf dem Leipziger Karl-Marx-Platz gegenüber anderen Bürgern staatliche Maßnahmen zur Neugestaltung dieses Platzes diskriminierte. Am 20. 6. 68 beteiligte er sich gemeinsam mit zwei Gruppenmitgliedern an einer Provokation in der Leipziger Kongresshalle anlässlich des Abschlusskonzertes des III. Internationalen Bachwettbewerb durch Abrollen eines Plakates von der Bühne, welches sich wiederum gegen oben genannte Maßnahmen richtete. Seit März 1969 wirkte er innerhalb der staatsfeindlichen Gruppe in Gesprächen zielstrebig auf Gruppenmitglieder ein, indem er die führende Rolle der SED, die Sicherheit der DDR, die Grenzsicherungsmaßnahmen vom 13. 8. 61, die Sicherheitsorgane der DDR sowie den sozialistischen Internationalismus diskriminierte und dazu aufrief, gegen die Kandidatenliste der Nationalen Front zu den Kommunalwahlen am 22. 3. 70 zu stimmen. Seit Februar 1970 unternahm er es, im Zusammenhang mit der in der BRD existierenden Schleusergruppe WELZK zwei DDR-Bürger nach der BRD auszuschleusen. Seit April 1969 traf er durch Treffs mit 3 Kurierern in Leipzig und Berlin Vorbereitungen zum ungesetzlichen Grenzübertritt nach der BRD, wozu er Treffs mit drei Kurierern der Führung im Strafvolzug

Seite 2

Quelle: BSU

Beurteilungsblatt vom Tage der Abschiebung D. Kochs in den Westen, abgezeichnet von Erich Mielke persönlich.

Psychiatrie, kämpft seit langem gegen die Verharmlosung des politischen Psychiatriemißbrauchs an (Friedrich Weinberger: Schizophrenie ohne Symptome? Zum systematischen Mißbrauch der Psychiatrie in der DDR. Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 2009, 25).

Die Freie Presse vom 15./16.8.2009 veröffentlichte einen ehrenden Lebenslauf des Waldheimer Dr. Petermann, nach wie vor Gutachter am Landgericht Zwickau, der allerdings vollständig ausläßt, daß Leutnant Dr. Petermann in den siebziger Jahren im Haftkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie der Haftanstalt Waldheim tätig war und dort Gutachten für Stasi-Prozesse anfertigte. Auf meinen Leserbrief, der dies klarstellte, antwortete mir der Ressort-Chef vom Dienst, Dr. Peter Möbius, am 21.8.2009, „aufgrund der Brisanz der Thematik“ könne der Leserbrief nicht veröffentlicht werden. Im Deutschen Ärzteblatt konnte ich schließlich einen ausführlichen Leserbrief unterbringen (Dietrich Koch: Die Waldheim-Story: Psychiatriemißbrauch selbst erlebt. Dt. Ärztebl. 2009, 106[50], u. Januar 2010).

Das Haftkrankenhaus Waldheim war in den siebziger Jahren die zentrale Stelle für Begutachtungsaufträge des MfS. Dr. Ochernal hat pro Jahr etwa 40 Gutachten angefertigt, also in 25 Jahren in

Waldheim und später auch für Hohen-schönhausen etwa 1000 Gutachten. Wie viele davon haben zu gerichtlichen Einweisungen nach § 16 Abs. 3 StGB der DDR geführt? Das ist unbekannt. Wie war das Schicksal der Betroffenen? Ich erinnere mich an mehrere Mitgefangene in Waldheim, z.B. Otto S. oder Kurt R., an denen ich keinerlei Anzeichen einer psychischen Erkrankung bemerkt habe. Um die Korrektheit der Ochernal'schen Gutachten zu klären, müßten Fall für Fall Überprüfungen durch neue Gutachten der Betroffenen stattfinden. Es ist extrem unwahrscheinlich, daß ich dabei der einzige Fall von politischem Psychiatriemißbrauch sein sollte.

Als ich 1970 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Psychiatrischen Universitätsklinik wurde, war Professor Dr. Bernhard Schwarz, der Obergutachter des Bezirkes Leipzig, mein Vorgesetzter. Hätten er, Oberarzt Dr. Klaus Weise oder Dr. Bach nicht von meiner angeblichen Krankheit und Unterbringungsbedürftigkeit etwas bemerken müssen? In einem Rechtsstaat hätte ich sie im Prozeß als Gegengutachter zu Ochernal u.a. wählen können. Aber das war in der DDR nicht möglich. MfS und Haftkrankenhaus Waldheim bildeten ein geschlossenes System. Und das gehört zum systematischen Psychiatriemißbrauch.

Alles Spitzel oder was?

Das Phänomen des Stasi-Bezirk Cottbus

Von Tomas Kittan

„Deutschland, einig Spitzel-Land?“ – Die Luft war zum Schneiden, als Dr. Helmut Müller-Enbergs am 1. Juni dieses Jahres im Keller der Berliner Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus/Kommunismus seinen Vortrag begann. Eng gedrängt lauschten die Gäste dem Experten der Birthler-Behörde, sogar um die Ecke auf dem Flur standen und saßen sie. Müller-Enbergs hat sich spätestens seit den Enthüllungen um den Stasi-Spitzel und Ex-Polizisten Karl-Heinz Kurras 2009 einen Namen als führender Wissenschaftler bei der Aufarbeitung des „Erbes“ des Ministeriums für Staatssicherheit gemacht, während er in seiner Behörde wegen des (angeblich nicht abgestimmten) Ganges an die Öffentlichkeit Spießbruten laufen mußte. Und der Mann



Helmut Müller-Enbergs: Cottbus war die Krisenregion der DDR schlechthin.

der einst so geheimen Zahlen und Fakten präsentierte dann auch die neueste Stasi-Statistik. Am 31. Oktober 1989 gab es exakt 91 015 hauptamtliche und 189 000

„Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM), von denen Müller-Enbergs sechs typische Kategorien vorstellte, vor allem die IMB - „Inoffizielle Mitarbeiter mit Feindberührung“. IM war eben nicht gleich IM.

Im Westen hatte das MfS während der DDR-Zeit 12 000 Spione „unter Vertrag“, bei Mauerfall noch 3000 IMB. Die Hochburgen waren Nordrhein-Westfalen und - wie zu erwarten - West-Berlin. Allein hier schnüffelten seit DDR-Gründung 3000 Spione. Im Umbruchjahr 1989 waren für West-Berlin noch 750 IMB registriert.

Der Wissenschaftler erklärte, daß das MfS offenbar kaum Skrupel kannte, auch minderjährige IM zu rekrutieren: „Der jüngste mir bekannte IM war ein elfjähriger Junge aus Bad Salzungen in Thüringen, der seine Lehrerin ausspionieren sollte, die einen Ausreiseantrag gestellt hatte.“ Insgesamt verfügte die Stasi über 1300 Minderjährige als „Inoffizielle Mitarbeiter“.

Müller-Enbergs dokumentierte an diesem Abend das besondere Phänomen in der IM-Verteilung innerhalb der DDR. Das thematisiert ebenfalls der Leiter der BStU-Außenstelle Frankfurt/Oder, Rüdiger Sielaff, in seinen Vorträgen. Auch meine Recherchen zum politischen Zuchthaus Cottbus kommen zum selben Ergebnis: Cottbus war der Stasi-Bezirk Nummer eins in der DDR. In der Gedenkbibliothek rieben sich viele ungläubig die Augen. Cottbus – dieser Durchschnittsbezirk? Die Fakten: Im Kohle- und Energie-Bezirk kam ein IM auf 84 Einwohner. DDR-Rekord! Zum Vergleich: Im Chemie-Bezirk Halle war es „nur“ ein IM auf 161 Bewohner. Zählt man die hauptamtlichen Mitarbeiter hinzu, kommt man auf eine Quote von einem Stasi-Mitarbeiter auf etwa 60 Personen, hat Cottbus-Experte Siegmund Faust (Geschäftsführer des Menschenrechtszentrums) errechnet. Und er ergänzt, weil auch Kaderleiter und Teile der Volkspolizei (u.a. die K 1) berufsbedingt eng an die Stasi gebunden waren, ergibt sich sogar eine Quote von unter 50.

Im Bezirk Cottbus gab es 1988 10 546 IM. 5,1 Prozent waren „Inoffizielle Mitarbeiter mit Feindberührung“, das ist der zweithöchste Anteil aller Bezirksverwal-

tungen (BV) nach Karl-Marx-Stadt (1986: 8,2 %, 1987: 8,4 %, 1988: 8,3 %). Zum Vergleich: In Halle gab es nur 1,5 Prozent IMB. Müller-Enbergs: „Statistisch gesehen war Cottbus die Krisenregion in der DDR schlechthin, gefolgt von den Bezirken Schwerin, Rostock und Frankfurt/Oder“. Das überrascht, denn der Widerstand in der DDR konzentrierte sich eigentlich mehr auf die Bezirke der heutigen Länder Sachsen und Thüringen.

In den achtziger Jahren legte die BV Cottbus jährlich rund 500 Operative Personenkontrollen (OPK) an (1986: 508, 1987: 476 und 1988: 480), in denen Menschen vom MfS zielgerichtet bearbeitet wurden. Diese rund 500 OPK kamen zu den durchschnittlich bestehenden 1 200 OPK noch hinzu. Jährlich wurden auch rund 500 OPK wieder beendet (1986: 546, 1987: 513 und 1988: 522). Mit dieser Quote belegte die Cottbuser Staatssicherheit ebenfalls regelmäßig einen Spitzenplatz.

Etwa jede sechste OPK mündete in einen „Operativen Vorgang“ (OV), dessen Ziel es war, dem Opfer eine strafbare Handlung nachzuweisen. Die Cottbuser BV eröffnete jährlich 70 bis 100 neue OV (1986: 108, 1987: 71 und 1988: 111) und schloß fast ebenso viele wieder ab (1986: 86, 1987: 101 und 1988: 103). Im Schnitt führte sie pro Jahr 160 OV (1984: 158 und 1986: 170). Jeder vierte OV hatte ein Ermittlungsverfahren zur Folge (1986: 22, 1987: 22 und 1988: 17), das zumeist Haft bedeutete, häufig in der Strafvollzugseinrichtung (StVE) Cottbus.

Auch darin stand die Cottbuser Staatssicherheit an vorderer Stelle, besonders, was die Einleitung von Ermittlungsverfahren wegen verschiedener „Staatsverbrechen“ betraf – es waren 14 Prozent aller von den MfS-Bezirksverwaltungen eingeleiteten Ermittlungsverfahren. Cottbus fällt noch in anderer Hinsicht auf. Die operativen Mitarbeiter der BV führten durchschnittlich 14 IM (1985), in einzelnen Kreisdienststellen sogar 16. In Halle waren es pro Führungsoffizier nur zehn IM, im statistischen Mittel aller Bezirke elf IM.

172 000 Personenkarteiakten sind aus dem Bezirk Cottbus überliefert. Das Stadtgebiet von Cottbus war flächendeckend mit „konspirativen Wohnungen“ (Treffpunkten) gefüllt. 780 solcher Stasi-Treffpunkte mit IM gab es in der Bezirksstadt laut Straßenkartei F 78. Allein in der „Straße der Jugend“ hatte das MfS 35 geheime Treffpunkte.

Immerhin neun konspirative Wohnungen befanden sich in der Bautzener Straße mit dem berüchtigten Anlieger StVE, dem zentralen DDR-Gefängnis für Republikflüchtlinge und andere später freigekaufte Häftlinge. Über 5 000 Männer wurden von hier aus gegen DM in den Westen abgeschoben. Auch in den anderen Straßen rund um die Haftanstalt konzentrierten sich die Stasi-Wohnungen. Wohl kaum ein Zufall.

Ich will versuchen, die Hintergründe dieser extrem hohen Stasi-Konzentration in Cottbus zu erklären. Müller-Enbergs präsentierte in der Gedenkbibliothek die These: „Je mehr Repression, je mehr Widerstand. Je mehr IM, je größer die Probleme. Dabei darf nicht allein auf politische Opposition geschaut werden, sondern auch auf Phänomene, die sich zwar dem Auge der Öffentlichkeit entziehen, damals nicht aber dem der Staatsicherheit.“

Das mag allgemein stimmen, doch das Stasi-Phänomen Cottbus erklärt es nur unzureichend. Nach meiner fünfjährigen Forschungsarbeit vermute ich einen Komplex von Ursachen. Zunächst war die Stasi-Führung von Cottbus besonders dienstefrig, bemühte sich um Übererfüllung der IM-Pläne und legte eine große Repressions-Energie an den Tag. Harte Konflikte mit dem Mielke-Ministerium in Berlin, wie in anderen Bezirken, sind aus Cottbus nicht bekannt. An der Spitze von Stasi (erst Oberst Hans Ullmann, später Generalmajor Horst Fitzner) und SED-Bezirksleitung (Werner Walde) gab es im Bezirk eine große personelle Kontinuität. Cottbus war einer der Wachstumsbezirke. Während die DDR seit ihrer Gründung weit über eine Millionen Menschen verlor, verdoppelte allein die Bezirksstadt ihre Einwohnerzahl bis zum Mauerfall auf knapp 130 000. Plattenbau-Wohngebiete wie Sandow, Sachsendorf und Schmellwitz schossen aus dem Boden. Durch die Energieproduktion erwuchs der Bezirk zu zentraler volkswirtschaftlicher Bedeutung. 40 Prozent der gesamten IM-Kraft steckte das MfS in den Schutz der eigenen (Miss-)Wirtschaft. Auch Rüdiger Sielaff bestätigt das: „Meine Vermutung war stets, daß die hohe IM-Dichte des ehemaligen Bezirkes Cottbus aus der volkswirtschaftlichen Bedeutung der in ihm gelegenen Industrie- und Energieproduktion resultiert. Eine Störung in der ohnehin sensiblen Industrie- und Energieproduktion konnte das MfS nicht akzeptieren. Der Stasi war klar, daß volkswirtschaftliche Störungen höchste Auswirkungen

in der gesamten DDR haben und Unzufriedenheit und widerständiges Verhalten fördern würden.“ Sielaff belegt die Wirtschaftsorientierung der Stasi für den wichtigen Kreis Senftenberg. Danach waren im „Ruhrpott des Ostens“ 1989 von 801 IM immerhin 460 in der Wirtschaft eingesetzt, mehr als die Hälfte.

Weitere Überlegungen: Die Bevölkerung in Cottbus lebte etwas privilegiert, schielte oft nach Berlin, und deshalb war die Rekrutierung von IM weniger schwierig als in den widerständigen Südbezirken. 1989 zeigte sich, daß der Umbruch in Cottbus erst mit Verzögerung einsetzte. Während Leipzig seit September 1989 jeden Montag marschierte, schlief Cottbus noch, es besaß ein schwaches Protestpotential. In der Niederlausitz begann die friedliche Revolution mit deutlicher Verspätung. Die erste Demonstration in der Bezirksstadt war am 30. Oktober 1989. Auch ein Zeichen von Anpassung. „Außenseiter- und Stillhaltebezirk“ nennen es treffend Elena Demke und Peter Ulrich Weiß. Manfred Stolpe hatte hier dann später seinen zuverlässigen Wahlkreis.

Auch das politische Zuchthaus kann man im Stasi-Zusammenhang sehen. Es ist gewiß kein Zufall, daß sich die SED-Führung trotz der 45 anderen Haftanstalten des Innenministeriums Ende der 60er Jahre für Cottbus als politisches Gefängnis entschied. Wenn die Gefangenen aus ihren vergitterten Fenstern nachts die deutsche Nationalhymne oder andere Protestlieder sangen, dann lagen binnen kurzer Zeit die IM-Berichte von Anwohnern auf den Tischen am Nordrand der Stadt, wo die Stasi-Bezirksverwaltung in Plattenbauten residierte. Auch unter den Häftlingen, Mitarbeitern und Zivilangestellten der StVE hatte das MfS im Laufe der Jahre etwa 100 IM.

Der größte denkbare Widerspruch zur Rolle des MfS in diesem Bezirk ist die Tatsache, daß Cottbus 1990/91 der einzige ehemalige DDR-Bezirk war, der keine eigene BStU-Außenstelle bekam. Die Dominanz des MfS in Cottbus bis 1990 traf später auf die Ignoranz bei der Stasi-Aufarbeitung. Bis heute dominiert dort die Verdrängung.

Die geretteten Akten wurden zunächst einbetoniert und dann in die kleinere Ex-Bezirksstadt Frankfurt/Oder gebracht. In einem erstklassigen Beitrag des Heftes „Revolution. Die DDR im Jahr 1989“ vom Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen dokumentierten Elena Demke



Fotos: T. Kittan

Rüdiger Sielaff zeigt die Säcke mit Aktenschnipseln aus Cottbus.

und Peter Ulrich Weiß, wie schleppend und widerspruchsvoll die Auflösung des MfS gerade im Bezirk Cottbus erfolgte. Berichtet wird von leeren Panzerschränken, qualmenden Schornsteinen in Stasi-Objekten, angelieferten Papiervernichtungsmaschinen und Transporten der Akten zur Papiermühle. Die dennoch gesicherten Unterlagen wurden in zwei Munitionsbunker der Stasi eingelagert, die man am 2. März 1990 zumauerte. Durch chaotische Lagerung und Feuchtigkeit ging dabei weiteres Schriftgut verloren. Ein Jahr später, im April 1991, erfolgte dann die Öffnung der Bunker und die Überführung der erhaltenen Bestände nach Frankfurt/Oder. Da war die Stasi-Aufarbeitung an anderen Orten schon im Gange. Es gibt Vermutungen, daß es auch da noch zu Vernichtungen gekommen sein könnte, denn die Mehrheit der ehemaligen Stasi-Auflöser (des Bürgerkomitees) von 1990 erfuhr nicht einmal vom Termin der Umlagerung. Angesichts der fortdauernden Aktenvernichtungen erscheint die Cottbuser MfS-Auflösung als (negativer) Sonderfall, wertet BStU-Experte Ilko-Sascha Kowalczyk („Endspiel“, München 2009). Doch auch aus der BV Cottbus gibt es noch rund 750 gerettete Säcke mit Papierschnipseln. Sie lagern in Frankfurter Kellern bei der BStU. Diese rekonstruierbaren Papiere lassen hoffen, das Stasi-Geheimnis von Cottbus noch lüften zu können. Müller-Enbergs resümierte vorläufig: „Dokumente, die das Cottbus-Phänomen abschließend erklären, haben wir noch nicht gefunden.“

Der Autor dankt Dr. Helmut Müller-Enbergs, Rüdiger Sielaff, Siegmund Faust und Janet Thomasky für Ihre Zusatzen und kritische Durchsicht dieses Beitrages.

Studentischer Widerstand

Gedenkveranstaltungen in Halle und Leipzig

Zwei zentrale Veranstaltungen der Universitäten Halle-Wittenberg und Leipzig erinnerten am 26. und 28. April 2010 an den studentischen Widerstand in der SBZ/DDR nach 1945. Mit einer Gedenkfeier in Halle gedachte die Universität ganz besonders jener Studenten und Dozenten, die infolge von sowjetischen Repressionen ihr Leben verloren hatten. Zugleich ehrte sie die zwischen 1945 und 1989 politisch verfolgten Universitätsangehörigen. „Es geht nicht zuletzt“, so Rektor Wulf Diepenbrock, „um eine öffentliche Anerkennung ihres Leidens von Seiten der Universität.“ Mit der Veranstaltung sollte aber auch für die jüngere Generation ein Zeichen gesetzt werden, wie kostbar der Erhalt der Freiheit, insbesondere auch der Freiheit der wissenschaftlichen Lehre und Forschung ist, den es stetig zu verteidigen gilt. In seinem Festvortrag „Erinnerung als Aufgabe“ wies Joachim Gauck darauf hin, daß „auch die Macht ihre Gesichter“ hatte. Sybille Gerstengarbe trug über ausgewählte Schicksale von politisch verfolgten Studenten vor und Klaus-Dieter Müller, Leiter der Dokumentationsstelle Stiftung Sächsische Gedenkstätten in Dresden, berichtete etwas überraschend über die erfolgreiche Zusammenarbeit bei der Aufarbeitung von Nachkriegsschicksalen, darunter nicht wenigen universitären, mit der Russischen Föderation.

Im Mittelpunkt des Interesses stand die rechtzeitig vollständig erschienene, über

700 Seiten starke Publikation von Dr. Sybille Gerstengarbe und Generalarzt a.D. Dr. Horst Hennig, „Opposition, Widerstand und Verfolgung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945-1961“, die von der Stiftung Aufarbeitung in Berlin mit einem Druckkostenzuschuß unterstützt wurde. Das Werk, eingeleitet von Bundesaußenminister a.D. Hans-Dietrich Genscher, dokumentiert in umfassender Weise den studentischen Widerstand an der Martin-Luther-Universität von den ersten Nachkriegsjahren bis zum Bau der Berliner Mauer.

Während 2009 der studentische Widerstand der Belter-Gruppe im Mittelpunkt der Betrachtungen stand, waren die 2. Belter-Dialoge der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Universität Leipzig dem Wirken des Studentenrates gewidmet. In seinem Einführungsvortrag sprach Günther Heydemann, Direktor des Hannah-Arendt-Instituts in Dresden, über den Aufbruch der jungen Generation in der Hoffnung auf eine neue Gesellschaft, über das Arbeiterstudium und über die Möglichkeiten und Grenzen der Studentenräte. Immer wieder fiel der Name des legendären Vorsitzenden Wolfgang Natonek, der wie so viele andere von den Kommunisten ausgeschaltet wurde.

Aus eigener Anschauung konnte anschließend Rechtsanwalt Dr. Günter Kröber über seine Erfahrungen im Studenten-

rat und besonders mit Wolfgang Natonek berichten. Es wurden die Spannungen deutlich zwischen den demokratischen Grundauffassungen von Natonek, Kröber oder Dr. Günther Krone einerseits und den Vorstellungen der SED und der sowjetischen Besatzungsmacht andererseits. Sie führten schließlich zum Ende einer der letzten demokratisch legitimierten Institutionen an der Universität Leipzig.

Die abendliche Festveranstaltung stand unter dem Motto „Der mündige Student“. Rektor Franz Häuser erinnerte an den Lebensweg von Wolfgang Natonek, und Steffi Böttger las aus den von ihr edierten Briefen Natoneks an seinen Vater. Diese zeitgeschichtlichen Zeugnisse haben auch heute nicht an Aktualität eingebüßt, wie der Politikwissenschaftler und Rektor der Universität Jena, Klaus Dicke, unterstrich. Sein Credo: „Politisches Engagement ist eine Pflicht für die nachwachsende Generation, um die Erfahrungen und Erlebnisse der Vergangenheit nicht als vergessenes Erbe zu verschenken.“ Dazu wünschte man sich für kommende Veranstaltungen sowohl in Halle als auch in Leipzig mehr Studenten unter den Zuhörern. Im nächsten Jahr, so abschließend Dr. Joachim Klose von der Konrad-Adenauer-Stiftung, werden die 3. Belter-Dialoge dem christlichen studentischen Widerstand gewidmet sein.

Gerald Wiemers

Pfarrer und Zuträger

Stasi-Spitzel verlor Prozeß

Die „Herrnhuter Brüdergemeine“, die mit heute 825 000 Mitgliedern auf drei Kontinenten verbreitet ist, wurde im 18. Jahrhundert von Nikolaus Ludwig Graf von Zinzendorf (1700-1760) auf seinem Gut Berthelsdorf bei Görlitz in der Oberlausitz gegründet. Er hatte 1722 verfolgten Christen aus Mähren im Königreich Böhmen, den „böhmischen Brüdern“, Aufnahme gewährt. Vier Jahre nach seinem Tod übernahmen sie 1764 Schloß und Gut, gründeten dort die Kolonie „Herrnhut“, die als Gemeinde 1895 selbstän-

dig und 1929 zur Stadt erhoben wurde. Die „Herrnhuter“ gelten noch heute als glaubensstarke Christen innerhalb des Protestantismus, die in Afrika und Asien Missionsarbeit leisten.

Mit Gründung des SED-Staates 1949 lag die Stadt Herrnhut auf DDR-Gebiet, und die „Brüdergemeine“ war in diesen 40 Jahren bis zum Mauerfall der ununterbrochenen Überwachung und Verfolgung durch Behörden und das Ministerium für Staatssicherheit ausgesetzt. Die Biele-

felder Historikerin Hedwig Richter hat darüber eine ausgezeichnete Dissertation geschrieben, die unter dem Titel „Pietismus im Sozialismus. Die Herrnhuter Brüdergemeine in der DDR“ 2009 veröffentlicht wurde. Da sie dort auch an fünf Stellen den Namen des Pfarrers und Inoffiziellen Mitarbeiters, Christian Weber, eines Nachwuchstheologen der „Brüdergemeine“, genannt hatte, wurden sie und ihr Verlag mit einer Unterlassungsklage überzogen, die am 4. Februar 2010 vom Landgericht Dresden zu Ungunsten des Klägers entschieden wurde.

Christian Weber, der heute in Radebeul bei Dresden lebt, hatte mit einer einstweiligen Verfügung die Veröffentlichung des



Hedwig Richters Veröffentlichung, ganz legal im Buchhandel erhältlich.

400 Seiten starken Buches verhindern wollen, weil er dort als Informant der Staatssicherheit bezeichnet worden war. So konnte man auf Seite 265 lesen: „Der Leiter des Hauses, Christian Weber, ein viel versprechender Nachwuchstheologe der Brüdergemeine, arbeitete zugleich konspirativ mit der Staatssicherheit.“

Die Klage wurde abgewiesen, obwohl der Kläger vor Gericht geltend gemacht hatte, keinen „bewussten Kontakt“ zur Staatssicherheit unterhalten und „keine Verpflichtungserklärung unterzeichnet“ zu haben. Bei fortgesetzter Behauptung Hedwig Richters, Pfarrer Christian Weber wäre Inoffizieller Mitarbeiter gewesen, sollte ein Ordnungsgeld von 250 000 Euro oder ersatzweise Ordnungshaft angedroht werden.

Das Gericht aber vertrat vernünftigerweise die Auffassung, daß das „Informationsinteresse der Öffentlichkeit“ an oberster Stelle stünde und kam zum Ergebnis: „Jedoch enthalten die in der Akte befindlichen Berichte jede Menge Detailwissen, welches dem Verfügungskläger zuzuschreiben ist...“

Nun fragt man sich als ehemaliger DDR-Häftling, der über dieses Urteil hoch erfreut ist, warum Christian Weber, wenn er ohne sein Wissen, wie er behauptet, von der Staatssicherheit abgeschöpft wurde, überhaupt eine Klage angestrengt hat. Denn dann wäre er völlig unschuldig und hätte nicht klagen müssen.

Jörg Bernhard Bilke

Sängertreffen am Fuße der Wartburg

Wie schon seit einigen Jahren, trafen sich auch 2010 - vom 6. bis 10. Juni - vierzehn noch reisefähige „Ehemalige“ des ökumenischen Bautzener Kirchenchores der 1950er Jahre im Eisenacher „Haus Hainstein“ unweit der Wartburg. Es ist seit dem ersten Wiedersehen vor über fünfzig Jahren Tradition, daß die Frauen der Sänger – früher sogar die Kinder – ebenfalls teilnehmen, so auch diesmal.

Natürlich wird unser Kreis kleiner, und so mußten wir vier jüngst Verstorbene betrauern, darunter unseren Senior Albert Fischer, dem wir noch im vergangenen Jahr zu seinem 103. Geburtstag über Telefon ein Ständchen sangen. Einen eigens für ihn komponierten Kanon konnte aber seine anwesende Tochter hören.

Der obligatorische Halbtagsausflug führte die schon recht betagte Gesellschaft nach Gotha, das uns mit seinem imposanten Schloß, aber auch jahrhundertealten, liebevoll restaurierten Bürgerhäusern und

dem Rathaus beeindruckte. Abends saßen wir bei Gesprächen zusammen oder sahen Videofilme. Dabei rief uns unser bewährter Dokumentator Jochen Berndt das vorjährige Treffen lebendig in Erinnerung und zeigte uns verschiedene Aufzeichnungen von Fernsehberichten über Kirchenchormitglieder und „das letzte Gespräch“ mit Walter Kempowski, den letzten Chorleiter in Bautzen und später berühmten Schriftsteller. Die traditionelle Andacht hielt wiederum Hansjörg Stephan, dieses Mal durch einen plötzlichen Krankheitsfall nicht in der hauseigenen Kapelle und ohne Orgel und mehrstimmigen Chorgesang (der mittlerweile auch nicht mehr für fremde Ohren geeignet ist).

Bevor wir auseinandergingen, informierten wir uns noch über den drei Tage später vom ZDF ausgestrahlten Gottesdienst aus der Bautzener Anstaltskirche, jenem Ausgangspunkt unserer nun schon fast sechzigjährigen Gemeinschaft von heute noch gut zwanzig Kirchenchor-

sängern. Wieder zu Hause, empfanden wir am 13. Juni vor dem Fernsehschirm dankbar, daß die Anstaltspfarrerin die fast unglaubliche Geschichte dieser Kirche in unseren Haftjahren angemessen mit einbezog. Damit trug die Sendung dazu bei, die Thematik der politischen Gefangenen nicht völlig in Vergessenheit geraten zu lassen.

Ulrich Haase

Zu wenig zu haben, ist ein Elend.
Genug zu haben, ist ein Segen.
Zu viel zu haben, ist eine große
Gefahr. Dies gilt von allen Dingen,
aber besonders vom Geld.

Dschuang-Tse

Genug wäre völlig ausreichend...

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,-Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)



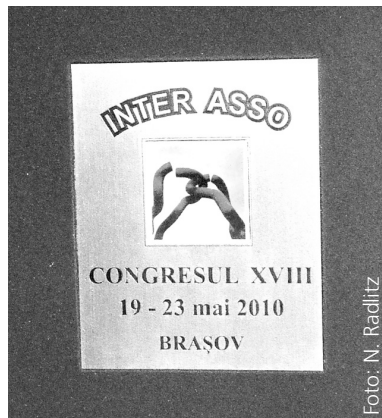
Nach fast 60 Jahren: Der Kirchenchor des „Gelben Elends“.

Parade für die Sieger

Vom 19. bis 23. Mai 2010 fand in Brasov (Rumänien), ehemals Kronstadt, der XVIII. Kongreß der Internationalen Assoziation ehemaliger Häftlinge und Opfer des Kommunismus (Inter-Asso) statt. Vertreter aller Länder des ehemaligen Ostblocks, außer Polen und der Ukraine, waren vertreten. Moldawien wurde als neues Mitglied aufgenommen.

Der Kongreß stand unter dem Motto „Verschieden in Ethnizität, Kultur und Religion – vereint unter der Kuppel des Leidens“. Vor allem ging es darum, den Stand der Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Gewaltherrschaft in den einzelnen Ländern zu diskutieren und sich eventuell gegenseitig zu unterstützen.

Vorsitzender der Inter-Asso ist Jure Knezović aus Kroatien, Spiritus Rektor des diesjährigen Kongresses war der Präsident der rumänischen Opferorganisation, Octav Bjoza. Eindrucksvoll schilderte Bjoza die Leiden der Opfer nach der Besetzung des Landes durch die Sowjetunion und besonders in der Ceauşescu-Ära am Beispiel von Delegierten des rumänischen Opferverbandes. Eine der Hauptaufgaben



Emblem des Inter-Asso-Kongresses 2010.

dieser Organisation ist noch heute das Auffinden von Stellen, an denen erschossene oder verhungerte Häftlinge von der Securitate verscharrt wurden, um ihnen endlich eine würdige Beerdigung zu bereiten.

Der Kongreß wurde von der örtlichen Verwaltung hervorragend unterstützt. Rumänien will nun endlich vom Image eines postkommunistischen Staates wegkommen, obwohl auch dort ehemalige Kader „die Kriminalität privatisiert haben“ (O. Bjoza). Sichtbarer Ausdruck der Bemü-

hungen ist die Verabschiedung eines „Lustrationsgesetzes“ (zur Erhellung der Vergangenheit) durch das Parlament in Bukarest, das mit 203 Stimmen bei 40 Nein-Stimmen angenommen wurde. Es bezieht sich nicht nur auf Securitate-Mitglieder, sondern auch auf führende Personen der Kommunistischen Partei, des Staatsrates und Ministerrates, Sekretäre und Diplomaten. Bedauerlich, daß dieses Gesetz erst so spät in Kraft tritt. Man hätte es sich schon vor 20 Jahren gewünscht.

Sehr beeindruckend war eine Kranzniederlegung am Denkmal der Opfer des Kommunismus in der Stadtmitte – mit allen Waffengattungen des Militärs, den örtlichen Behörden, je einem orthodoxen, katholischen und evangelischen Geistlichen und mit der Parade einer Formation der Streitkräfte.

Der Vize-Präfekt der Region Brasov sagte zum Abschied: „Ihr, die früheren Opfer, seid die Sieger der Geschichte, und vor Siegern ist eine Parade angemessen!“

Hans-Peter Schudt

SED und MfS



(v.r.) Prof. Dr. Manfred Wilke, Pfarrer Manfred Fischer (Moderation) und der Frankfurter BStU-Außenstellenleiter Rüdiger Sielaff auf dem Podium einer Veranstaltung der UOKG und der Stiftung Berliner Mauer im Juni 2010. Eindeutig wiesen sie die prinzipielle Führungsrolle der SED gegenüber der DDR-Staatssicherheit nach.

Erinnerung an Mut und Zivilcourage

Zum Gedenken an den Volksaufstand 1953 fand am 17. Juni 2010 in der Kapelle auf dem Karnickelberg in Bautzen eine ökumenische Andacht statt, die mit einer Kranzniederlegung abschloß.

Bürger der Stadt Bautzen, darunter Vertreter der Stadtverwaltung und des Landratsamtes, der Sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, der stellvertretende Vorsitzende der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und seine Mitarbeiter folgten aufmerksam den Erlebnisberichten und den wegweisenden Empfehlungen der Pfarrer. Die musikalische Umrahmung gestaltete der Bautzener Gospelchor. Die jugendlichen Musiker boten ein musikalisches Ereignis der besonderen Art. Sie sorgten klangvoll für Gänsehaut-Stimmung und verkündeten ihre Botschaft.

Das Bautzen-Komitee betont, daß der 17. Juni 1953 ein bedeutendes Datum in der deutschen Geschichte ist und er-

innert an den Mut, die Zivilcourage, das Verantwortungsbewußtsein der Menschen, deren Taten Ansporn und Ermutigung für viele waren, die sich in Zeiten der Unterdrückung nie ganz gebeugt und die Ideale von 1953 bewahrt und weitergetragen haben. Diese Erinnerung ist für die Zeitzeugen, aber besonders auch für die Jugendlichen wichtig. Jede Zeit braucht Menschen, die gegen Unrecht aufbegehren. Deshalb verweist das Bautzen-Komitee auf die Notwendigkeit, die jüngeren Generationen zu sensibilisieren, sich mit den Geschehnissen von damals zu beschäftigen.

So nutzte das Bautzen-Komitee auch gern die Möglichkeit, die Gedenkveranstaltungen am 17. Juni in Görlitz auf dem Postplatz und in Zittau am Krematorium, die vom CDU-Stadtverband organisiert wurden, zu besuchen. In Zittau verlasen Schülerinnen die Namen der Opfer und das Alter, in dem sie umkamen.

Bautzen-Komitee

Erinnern, gedenken, mahnen

UOKG-Verbandstreffen am 19. und 20. Juni 2010 in Berlin

(st) Die zweite Zusammenkunft der Verbandsvertreter in diesem Jahr beschäftigte sich mit „Formen der Mahnung, der Aufarbeitung und des Gedenkens“. Wieder konnte UOKG-Vorsitzender Rainer Wagner im Bericht des Vorstandes eine erfolgreiche Arbeit des Dachverbandes bilanzieren. Das Ansehen in der Öffentlichkeit sei gestiegen, nicht zuletzt wegen des sachbezogenen Auftretens der Organisation und der Vermeidung von Querelen. Wagner beschrieb dann u.a. die politischen Bemühungen der UOKG in den vergangenen Monaten, auch den Opfern von Gewalt in Kinderheimen der DDR am „Runden Tisch Kindesmißbrauch“ Gehör zu verschaffen. In Anknüpfung an eine Vortragsveranstaltung des Dachverbandes und der Gedenkstätte Berliner Mauer am 16. Juni zum Verhältnis von SED und Staatssicherheit wies er noch einmal auf die fatale Einseitigkeit hin, mit der seit zwei Jahrzehnten das MfS statt der führenden SED als DDR-Grundübel wahrgenommen werde. Abschließend beschrieb Rainer Wagner die zahlreichen Probleme, die wegen der Sanierung von Haus 1 - der ehemaligen Stasi-Zentrale und dem heutigen Sitz der meisten Berliner Verbände und der UOKG - im Zusammenhang mit dem Ausweichquartier aufgetreten sind.

Um „Ausführungen zu einem Museum des Kalten Krieges“ zu machen, war Rainer Klemke von der Berliner Senatskanzlei für Kulturelle Angelegenheiten eingeladen worden. Der Berliner „Checkpoint Charlie“ sei der einzige Ort der Welt gewesen, begann Klemke, an dem sich

beide Blöcke unmittelbar bewaffnet gegenüberstanden. Noch nicht entschieden sei, ob die Minimalvariante einer 600 oder die Maximalvariante einer 3000 Quadratmeter großen Ausstellungsfläche dort umgesetzt werde. Mit Blick auf die vielen kritischen Stimmen zu diesem Projekt betonte Klemke, es habe einen Aufruf der Amerikaner zur Gründung eines Museums des Kalten Krieges in Berlin gegeben, den zahlreiche internationale Persönlichkeiten unterschrieben hätten. Das Museum solle sich nach einer Starthilfe aus öffentlichen Mitteln selbst tragen. Daß die Frage der Mittel jedoch nicht im Vordergrund der Kritik steht, zeigte die anschließende Diskussion. Schwerpunkt war vor allem die Problematik, welches Verständnis vom Kalten Krieg jene Epoche des 20. Jahrhunderts dann historisiere. Befürchtungen, die Darstellung könne politisch neutralisierend ausfallen, konnte Rainer Klemke nicht wirklich zerstreuen.

Die „virtuelle und manuelle Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen“ war ein weiteres Thema des Verbandstreffens. Der erste Referent, Andreas Petter von der BStU, ging zunächst jedoch auf eine aktuelle Frage ein, die der UOKG-Vorstand bereits an dessen Behörde gerichtet hatte, die Frage nach der Aktenvernichtung. Petter erklärte, es handle sich dabei weder um Opfer- noch um Täterakten, sondern um Duplikate, Kantinenbons u.ä., „für die Aufarbeitung unwichtige“ Dokumente. Für diese Vernichtung gebe es eine Rechtsgrundlage, und sie sei notwendig, weil für die fach- und bestandsgerechte

„Vollarchivierung“ einfach die Mittel fehlten. Nachdem er anschließend einen Überblick über die manuelle Rekonstruktion der MfS-Aktenschnipsel gegeben hatte, beschrieben sein Behördenkollege Joachim Häußler und Dr. Bertram Nikolay vom Fraunhofer-Institut detailreich und interessant den Stand der Entwicklung einer „virtuellen Rekonstruktion“, auf deren Basis die zerrissenen Akten in über 15 000 Säcken in einigen, statt manuell in ca. 500 Jahren zusammengesetzt werden könnten.

Die Erinnerungskultur in den osteuropäischen Staaten am Beispiel von Mahnmalen, Gedenkstätten und Museen war das Thema Dr. Anna Kaminskys, Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung. Die Gedenkkultur der osteuropäischen Staaten sei sehr heterogen. Das belegte sie mit zahlreichen Beispielen. So gebe es z.B. in Albanien seit 1996 eine Ausstellung im Nationalmuseum, jedoch keinen weiteren Gedenkort im ganzen Land. Ganz anders die Situation in der Ukraine. Dort werde staatlich gefördert und oft künstlerisch hervorragend gestaltet an den Holodomor (bewußt herbeigeführte Hungerkatastrophe) erinnert. In zahlreichen osteuropäischen Ländern seien die umfangreichen Deportationen der Bevölkerung Hintergrund von Gedenkort, häufig gekennzeichnet mit einem Findling aus den Deportationsgebieten. Denkmäler, die allen Opfern des Kommunismus gewidmet seien, gebe es bislang relativ selten, resümierte Dr. Kaminsky, und solch eine Darstellung sei auch nicht leicht.

Nachtrag Recht

In Ergänzung des Beitrages „Der Grad der Schädigung“, Ausgabe 4/2010, S. 4, und aufgrund einiger Nachfragen hier nun die vollständigen Leistungstabellen der Grund- und der Ausgleichsrente.

Beschädigte erhalten eine monatliche Grundrente bei einem Grad der Schädigungsfolgen

von 30 – in Höhe von 123 €
 von 40 – in Höhe von 168 €
 von 50 – in Höhe von 226 €
 von 60 – in Höhe von 286 €
 von 70 – in Höhe von 396 €
 von 80 – in Höhe von 479 €
 von 90 – in Höhe von 576 €
 von 100 – in Höhe von 646 €

Die Grundrente erhöht sich für Schwerbeschädigte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, bei einem Grad der Schädigungsfolgen

von 50 und 60 – um 25 €
 von 70 und 80 – um 31 €
 von mind. 90 – um 38 €

Beschädigte mit einem Grad der Schädigungsfolgen von 100, die durch die anerkannten Schädigungsfolgen gesundheitlich außergewöhnlich betroffen sind, erhalten eine monatliche Schwerbeschädigtenzulage, die in folgenden Stufen gewährt wird:

Stufe I – 74 €
 Stufe II – 154 €
 Stufe III – 229 €
 Stufe IV – 306 €
 Stufe V – 382 €
 Stufe VI – 460 €

Die volle Ausgleichsrente beträgt monatlich bei einem Grad der Schädigungsfolgen

von 50 oder 60 – 396 €
 von 70 oder 80 – 479 €
 von 90 – 576 €
 von 100 – 646 €

Halle-Forum 2010

„War die DDR ein Unrechtsstaat? Diskursive Forschung versus ostalgische Verklärung“

Mit der deutsch-deutschen Wiedervereinigung vor 20 Jahren wurden die gesellschaftlichen Parameter der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung, die bislang nur in einem Teil Deutschlands galten, auf das Gebiet der ehemaligen DDR übertragen. Eine anfangs noch angedachte Verfassungsdiskussion für das neue Deutschland erwies sich recht bald in einer Zeit, wo derartige gesellschaftlich gravierende Umbrüche seit Herbst 1989 in der DDR zu verzeichnen waren, als obsolet. Die Debatte um den Charakter des SED-Staates, die an Vorstellungen eines vermeintlichen „sozialistischen Rechtsstaates“ (siehe die Diskussionen innerhalb der SED in den 80er Jahren) anknüpfte, sollte bis heute nicht verstummen.

20 Jahre nach dem deutsch-deutschen Einigungsvertrag ist das Thema „Rechtsstaat versus Unrechtsstaat DDR“ offenbar aktueller denn je. Die Erinnerung daran, daß „nicht alles schlecht“ im SED-Staat war, wird bundesweit über Medien, verschiedene erinnerungspolitische und bildungspolitische Institutionen und Netzwerke offensiv thematisiert. Ehemalige Parteifunktionäre und Verantwortliche des SED-Staates, aber auch einstige Offiziere der berüchtigten Stasi der DDR befördern diesen Diskurs mit einer zuneh-

menden öffentlich-medialen Präsenz. Das Halle-Forum 2010 greift diesen Diskurs auf und hinterfragt den strittigen Charakter der DDR im Kontext einer heftig geführten Debatte um Rechtsstaatlichkeit und ostalgische Verklärung.

Zum Rechtsstaatsbegriff aus ideengeschichtlicher Sicht spricht am 17.09.2010 in einem einleitenden Referat der Münchner Jurist *Dr. Thomas Claer* im MARITIM Hotel Halle. Am 18.09.2010 referiert der bekannte Experte für politisches Strafrecht – selbst vom MfS in die DDR verschleppt und dort inhaftiert – *Dr. Karl-Wilhelm Fricke* zum Problembereich des Systemunrechtes in der DDR. Dem Thema der politischen Willkür als Simulation von Rechtsstaat widmet sich der langjährige Mitarbeiter am Gesamtdeutschen Institut, *Bernd Lippmann* aus Berlin. Das Schweigen der Opfer hinterfragt *Dipl.-Psych. Stefan Trobisch-Lütge* von der Berliner Beratungsstelle „Gegenwind“ für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur. Das abschließende Referat am 18.09.2010 nach dem Mittagsspeise hält Oberstaatsanwalt *Bernhard Jahntz* (Berlin) zum Thema: Die Ahndung politisch motivierter Strafverfahren in der DDR nach dem deutsch-deutschen Einigungsvertrag 1990.

Zudem wird am Eröffnungstag, am 17.09.2010, im Hotel MARITIM Staatsminister und Chef der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt, *Rainer Robra*, erwartet. *Johannes Rink* (VOS) reflektiert zum Thema des Halle-Forums aus Sicht der Opferverbände. Ab 19.00 Uhr läuft der Film: „Gesicht zur Wand“ über das Haftschicksal von Melanie Kollatzsch, die vor Gründung der DDR von den Sowjets verhaftet und verurteilt und nach dem Bau der Berliner Mauer aus dem Strafvollzug des DDR-Innenministeriums in die DDR entlassen wurde. *Melanie Kollatzsch* spricht im Anschluß an die Filmpräsentation als Zeitzeugin.

Es wird eine Teilnahmegebühr erhoben: 25,00€ mit Übernachtung; 10,00€ ohne Übernachtung; 5,00€ für Tagesgäste

Anmeldungen bitte bis 25. August 2010 an die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Referat II, Schleiufer 12, 39104 Magdeburg, Hr. Jürgen Breitenfeld, Tel.: 0391-567 6457. Das Halle-Forum ist als Lehrerfortbildung anerkannt.

Freitag, den 17.09.2010, Beginn: 15.30 Uhr im Hotel MARITIM; Sonnabend, den 18.09.2010, Beginn: 9.30 Uhr in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale).

André Gursky

XX. Mahn- und Gedenktreffen

Die Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V. lädt zu ihrem Mahn- und Gedenktreffen 2010 in Mühlberg/Elbe und Neuburxdorf ein.

Programm

Freitag, 3. September 2010

14.00 Uhr – Jahreshauptversammlung der Initiativgruppe Mühlberg e.V. (Mitglieder erhalten gesonderte Einladungen)

17.00 Uhr – Eröffnung und Vortrag im Rathaus Mühlberg/Elbe: Dr. Hans-Jürgen Grasemann, Braunschweig, spricht zum Thema „Die DDR – ein Unrechtsstaat?“

19.00 Uhr – gemeinsames Abendessen im Rathaussaal Mühlberg

Sonnabend, 4. September 2010

9.30 Uhr – Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung am Denkmal für die verstorbenen Kriegsgefangenen auf dem Friedhof in Neuburxdorf

10.30 Uhr – Ökumenischer Gottesdienst im Zelt am Lagergelände; Predigt: Rainer Wagner (Prediger), Vorsitzender der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG

11.30 Uhr – Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung am Hochkreuz für die Opfer des Speziallagers einschließlich

Einweihung der Texttafel im Bereich der Namensträger; Ansprache: Günter Nooke, Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt

13.00 Uhr – Stunde der Begegnung im Zelt am Lagergelände mit der Möglichkeit, ein Mittagessen einzunehmen

(Wer mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Mühlberg kommt und zu den Veranstaltungen gefahren werden möchte, melde sich bitte sofort bei Frau Stamm, Geschäftsstelle Mühlberg, Schulplatz 2, 04931 Mühlberg, Tel. 03 53 42-874 87, E-Mail Lager-Muehlberg@t-online.de)

Veranstaltung in Sachsenhausen

Zur Gedenkveranstaltung anlässlich des 65. Jahres der Wiederinbetriebnahme des Konzentrationslagers Sachsenhausen durch den NKWD und zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung lädt die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V. herzlich ein.

Die Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Sachsenhausen und mit freundlicher Unterstützung der Bundesstiftung Aufarbeitung findet statt am Sonnabend, dem 4. September 2010, ab 10.30 Uhr auf dem Kommandantenhof in der Gedenkstätte Sachsenhausen, Straße der Nationen 22, 16515 Oranienburg.

10.30 Uhr: Ökumenischer Gottesdienst mit Generalsuperintendent i.R. Martin-Michael Passauer; Ansprachen: Dr. Martina Münch, Ministerin f. Wissenschaft, Forschung, Kultur des Landes Brandenburg, Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel, Ministerialdirektorin beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Detlev Putzar, Überlebender des Speziallagers Sachsenhausen; anschließend Kranzniederlegung; 12.15-13.30 Uhr: Empfang der Regierung des Landes Brandenburg (nur geladene Gäste); 13.45-16.00 Uhr, im Veranstaltungsraum (ehemalige Häftlingswäscherei) der Gedenkstätte: Begrüßungen und Vortrag „Die Zeit nach den Zeitzeugen. Opfergedenken und historisch-politische Bildungsarbeit in den kommenden Jahrzehnten“ von Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Vorsitzender der Fachkommission der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten; anschließend Diskussion; Anmeldungen bitte bei Victoria Heydecke, Tel. (030) 802 84 76, E-Mail victoria.heydecke@googlemail.com
Victoria Heydecke, Mariagnes Pense

Strahlen an der Grenze

Das Forum zur Aufklärung und Erneuerung e.V. lädt ein zu einem Vortrag von Reinhard Dobrinski: „Cs-137-Strahlenquellen im DDR-Grenzregime gegen Personenschleusungen“ (s.a. „der stacheldraht“ 8/2009, S. 10).

Sonnabend, den 4. September 2010, 14.00 Uhr, im Zeitgesch. Forum Leipzig, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

Gute Bilanz

Die Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ der Gedenkstätte für Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert in Potsdam hat die Bilanz ihrer politischen Bildungsarbeit im Schuljahr 2009/2010 gezogen.

I. Anzahl der Veranstaltungen

1. betreute Gruppen in der Projektwerkstatt: 163
(Schüler, Auszubildende, Studenten, Referendare, Lehrer)
Herkunft
- Stadt Potsdam: 59
- Land Brandenburg: 83
- andere Bundesländer: 16 (Berlin, NRW, Hamburg, Meckl.-Vorp., Niedersachsen, Hessen Bayern, Rheinl.-Pfalz, Baden-Württemberg)
- Ausland: 5 (Schweiz, Niederlande, Frankreich, USA)
2. Zeitzeugengespräche: 169
- in Schulen: 60
- in der Projektwerkstatt: 109
3. Lehrerfortbildungen: 5

II. Anzahl der Teilnehmer

1. bei Projekttagen in der Gedenkstätte: 3554
2. bei Zeitzeugengesprächen in der Gedenkstätte: 1867
3. bei Zeitzeugengesprächen in Schulen: 1662
4. bei Lehrerfortbildungen: 30

Außerdem wurden drei Praktikanten betreut.

Catrin Eich

Neue Dokumente

Der BSV-Förderverein für Beratungen lädt die Mitglieder des BSV-Landesverbandes Berlin-Brandenburg und alle Interessierten zu einem Literaturbericht von Viktor Gorynia mit anschließender Gesprächsrunde ein. Thema: „Neue Dokumente zur Tätigkeit der sowjetischen Geheimdienste in der SBZ/DDR 1945 bis 1953 – in Deutschland bisher nicht veröffentlicht“

Mittwoch, den 25. August 2010, 14.30 Uhr, Ort: Ruschestr. 103, Haus 22 (gegenüber dem Stasi-Museum Haus 1), 10365 Berlin-Lichtenberg

Das Zitat

Eine Diktatur ist ein Staat,
in dem sich alle vor einem fürchten
und einer vor allen.

Alberto Moravia

UOKG-Kongreß

Mission erfüllt?

1990 – Die Rolle von Politik, Medien, Gesellschaft bei der Aufdeckung von DDR-Unrecht und im Umgang damit

Mit Oberstaatsanwalt
Dr. Hans-Jürgen Grasemann
u.v.a.

Sonnabend, 16. Oktober 2010,
ab 10.00 Uhr

Ort:
Besucherzentrum der Gedenkstätte
Berliner Mauer
Bernauer Str. 119
13355 Berlin

(Programm in der nächsten Ausgabe)

Neue Kontonummern

Bitte beachten! Der „stacheldraht“ und der BSV-Landesverband Berlin-Brandenburg haben neue Kontonummern.

„der stacheldraht“

Konto: BSV-Förderverein
Konto-Nr.: 665 52 45 01
BLZ: 100 708 48
Berliner Bank AG

BSV Berlin-Brandenburg

Konto: BSV Berlin
Konto-Nr.: 66 72 98 400
BLZ: 100 708 48
Berliner Bank AG

In eigener Sache

Durch den Umzug in ein anderes Gebäude (Postadresse bleibt!) sind vielfach technische Schwierigkeiten entstanden. Die Redaktion ist noch immer nicht telefonisch und per Fax zu erreichen. Wir bitten deshalb die Leser, vorerst auf Briefpost und E-Mail auszuweichen.

Die Redaktion

Suchanzeigen

Studienteilnehmer gesucht

Für ein Forschungsprojekt der Universität Leipzig zu Auswirkungen politischer Inhaftierung in der ehemaligen DDR auf die Familien der Inhaftierten suchen wir noch StudienteilnehmerInnen, die sich bereit erklären, einen Fragebogen auszufüllen.

Folgenden Fragen möchten wir nachgehen:

- Wirkt sich die politische Haft einer Person auch auf die anderen Familienmitglieder aus?
- In welchen Lebensbereichen wirkt sich die politische Verfolgung der Eltern auf ihre Kinder aus?
- Wie wurde in den Familien mit der Hafterschaft der Eltern umgegangen?

Falls Sie sich eine Teilnahme an dieser Studie vorstellen können oder Fragen dazu haben, wenden Sie sich bitte an uns. Alle Angaben werden vertraulich behandelt. Kosten für Porto und Rückporto werden von uns übernommen.

Sind Sie...

- eine Person, die in der ehemaligen DDR (1949-1989) aus politischen Gründen inhaftiert wurde und Kinder hat?
- eine Person, die mit einer/einem politisch Inhaftierten lebt oder lebte und Kinder hat?

Dann melden Sie sich bitte bei: Department für Psychische Gesundheit, Abteilung Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie, Dipl.-Psych. Maya Böhm, Philipp-Rosenthal-Str. 55, 04103 Leipzig, Tel. (03 41) 223 11 55, E-Mail maya.boehm@web.de

Sind Sie...

- eine Person, deren Mutter, Vater oder beide Eltern in der ehemaligen SBZ/DDR (1945-1989) aus politischen Gründen inhaftiert waren?

Dann melden Sie sich bitte bei: Department für Psychische Gesundheit, Abteilung Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie, Dipl.-Psych. Grit Klinitzke, Philipp-Rosenthal-Str. 55, 04103 Leipzig, Tel. (03 41) 971 54 15, E-Mail grit.klinitzke@medizin.uni-leipzig.de

Mißhandelte Kinder

Endlich finden auch Frauen und Männer am Runden Tisch Gehör, denen als Kinder und Jugendliche in DDR-Jugendwerkhöfen seelisches und körperliches Leid zugefügt wurde.

Doch was ist mit jenen Menschen, die wegen politischer Repressalien gegen ihre leiblichen Eltern in anderen Heimen aufwuchsen oder die in Adoptivfamilien genau das gleiche Leid erfahren mußten? Bisher wird diese Gruppe noch übersehen.

Wir suchen Menschen, denen Gewalt und Mißbrauch in Jugendwerkhöfen, in anderen Heimen oder bei ihren Adoptivfamilien in der DDR ange-tan wurde. Sind sie selbst davon betroffen oder kennen Sie Menschen, denen so etwas widerfahren ist? Je mehr Betroffene sich melden, desto mehr Gewicht wird unser Anliegen haben, diese Fälle ebenfalls zum Thema am Runden Tisch Kindesmißbrauch zu machen.

UOKG-Beratungsstelle DDR-Zwangsadoption, Kontakt über Katrin Behr, Tel. (030) 55 77 93 54, E-Mail behr@uokg.de

Zersetzung

Wer wurde vor (oder auch nach) 1989 in der ehemaligen DDR von Fremden gestalkt, gemobbt oder terrorisiert (sogenannte Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit)? Bitte bei der Stasiopfer-Selbsthilfe unter Tel. (053 74) 67 15 63 zur Gründung einer Selbsthilfegruppe und Durchsetzung von Rechten dieser Opfer melden.

Stasiopfer-Selbsthilfe

Zeitzeugen gesucht

Wir sind eine Filmproduktionsfirma mit Sitz in Berlin und produzieren für den MDR die Dokumentation „Stasi auf dem Schulhof“ über Schüler-IMs/minderjährige Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit der DDR. Dafür suchen wir dringend Zeitzeugen, die in der Vergangenheit mit dem Thema in Berührung gekommen sind. Kontakt: E-Mail a.kuehne@februarfilm.de, Tel. (030) 27 87 76 24

Transitreisende

Für eine umfangreiche wissenschaftliche Studie (Doktorarbeit) bin ich auf der Suche nach Zeitzeugen. Dabei interessieren mich besonders Personen (sowohl Bürger der Bundesrepublik, West-Berlins als auch der ehemaligen DDR), die während ihres DDR-Transitverkehrs in den Überwachungsapparat der damaligen Sicherheitsorgane gerieten. Sofern Sie sich angesprochen fühlen und bereit wären, mir über Ihre Erlebnisse ein Interview zu geben, bitte ich Sie, sich zu melden unter Tel. (0174) 736 95 21.

Torsten Schopf

Leserbriefe

Absicht nicht nachweisbar

Zum Beitrag „Neue Diktatur statt Entnazifizierung“, Nr. 3/2010, S. 12
Im Ihrem Bericht über eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft Sachsenhausen 1945-50 e.V. am 27. März 2010 werden die zentralen Aussagen des Vortrages von Alexander Heinert, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Sachsenhausen, unzutreffend wiedergegeben. Herr Heinert, der über „Speziallager und Gefängnisse in der SBZ auf dem Weg in den Hungerwinter 1946/1947“ referierte, hat ausgeführt, daß die Einlieferung von Häftlingen durch unterschiedliche Terrororgane der sowjetischen Besatzungsmacht erfolgte. Für ihre Versorgung waren wechselnde Militärdienststellen zuständig, die Verwaltung der Lager erfolgte durch das NKWD/MWD. Er gelangte zu der Schlußfolgerung, daß eine nachweisbare Tötungsabsicht in den Speziallagern nicht erkennbar ist.

Dr. Horst Seferens
Pressesprecher d. Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Nicht profitiert

Zum Kommentar „Zu Dank verpflichtet“, Nr. 4/2010, S. 3
Der Autor schreibt, Altbundeskanzler Kohl habe mit seiner Initiative, Klugheit, aber auch Zurückhaltung den Weg zur deutschen Einheit geebnet. Das sehe ich auch so.

Aber weiter: „Profitiert von seiner geschichtlichen Leistung haben zweifellos besonders die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft im Osten Deutschlands.“ Man achte auf das „besonders“. Das ist für mich der blanke Hohn. Alle Menschen in Deutschland sollten dankbar für die Wiedervereinigung sein, dafür waren wir auch im Zuchthaus, und das MfS hat uns unsere Freiheit genommen und unser Leben kaputtgemacht. Darunter leiden wir heute noch – auch ich persönlich. Profitiert haben die Opfer nicht davon. Profitiert haben die Menschen, die sich in den letzten Stunden der DDR gewendet haben, um somit wieder materielle Vorteile zu erhalten. Die Opfer der SED-Diktatur blieben wieder auf der Strecke und begegnen ihren Tätern, die in gehobenen Stellungen sitzen.

Roland Hesselberg, Salzgitter

Veranstaltungen

19.8. (Do),
„Den Feinden die Faust“. Die geplanten Isolierungslager des MfS. Film u. Diskussion mit Christian Booß, BStU, Dr. Stefan Wolle, Historiker, Thomas Auerbach, ehem. BStU; Veranstaltung d. BStU; Ort: Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert, Lindenstr. 54/55, 14467 Potsdam

23.8. (Mo), 16.00 u. 20.00 Uhr:
Erinnerungsveranstaltung zum 23.8.1939. 16.00 Uhr: Vorträge „Der 23.8.1939 aus deutscher und polnischer Perspektive“; 20.00 Uhr: „Das Verbrechen von Katyn“, Filmvorführung; Veranstaltung d. LStU Sachsen-Anhalt u.a.; Orte: 16.00 Uhr – Gedenkstätte „Roter Ochse“, Am Kirchtor 20a, 06108 Halle(Saale), 20.00 Uhr – Lux Kino am Zoo, Seebener Str. 172, 06114 Halle

24.8. (Di), 19.00 Uhr:
„... kein polnischer Staatsbürger“. Lesung mit Autorin Victoria Korb; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus/Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin-Mitte

24.8. (Di), 19.30 Uhr:
„Wie Erich seine Arbeit verlor“. Momentaufnahmen aus der DDR 1989. Filmvorführung u. Diskussion mit Kai v. Westerman, Regisseur, Mod. Christian Booß, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin; Ort: Schleswig-Holstein-Haus, Puschkinstr. 12, 19053 Schwerin

25.8. (Mi), 14.30 Uhr:
Neue Dokumente zur Tätigkeit der sowjetischen Geheimdienste in der SBZ/DDR 1945 bis 1953 – in Deutschland bisher unveröffentlicht. Literaturbericht v. Viktor Gorynia mit anssl. Gesprächsrunde; Veranstaltung d. BSV-Fördervereins f. Beratungen u. des BSV-Landesverbandes Berlin-Brandenburg; Ort: Ruschestr. 103, Haus 22 (gegenüber d. Stasi-Museum Haus 1), 10365 Berlin-Lichtenberg

25.8. (Mi), 19.00 Uhr:
„Wir fordern Freiheit für alle!“ Die Häftlingsaufstände in den Gefängnissen der DDR und ihre Folgen. Lesung u. Gespräch mit Autor Birger Dölling; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

26.8. (Do), 19.30 Uhr:
„Die eisige Naht.“ Die innerdeutsche Grenze bei Hötensleben, Offleben und Schöningen 1952 bis 1990. Buchpremiere mit Autor Achim Walther, Grenzdenkmalverein Hötensleben; Veranstaltung d. Mitteldeutschen Verlags u.a.; Ort: Stadtbibliothek Magdeburg, Breiter Weg 109, 39104 Magdeburg

31.8. (Di), 10.00-16.00 u. 19.00 Uhr:
20 Jahre Museum in der „Runden Ecke“. 10.00-16.00 Uhr: Kostenlose Sonderführungen durch die Dauerausstellung „Stasi – Macht und Banalität“; 19.00 Uhr: „Stasi – zwischen Repres-

Offenes Postgeheimnis

Am 26. März 1969 nahmen Mitarbeiter des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit den Studenten Peter Hellström „zur Klärung eines Sachverhalts“ fest. Vorgeworfen wurde ihm, „Hetzbriefe nach Westberlin“ verschickt zu haben. Hellström war nicht beunruhigt, denn er glaubte noch immer an das in der DDR-Verfassung verbriefte „Postgeheimnis“ und meinte, das MfS käme mit dieser Anklage bei Gericht nicht durch. Denn dann müßte es die Verletzung des Postgeheimnisses ja zugeben.

Doch er hatte nicht mit den Manipulationen der Ermittlungsbehörden gerechnet, die in einer besonderen Konstruktion die Öffnung des Briefes begründeten. Nach 83 Stunden Verhör und knapp vier Monaten Untersuchungshaft wurde Peter Hellström am 10. Juli 1969 vom Bezirksgericht Frankfurt/Oder wegen „staatsfeindlicher Hetze“ zu einem Jahr und acht Monaten Haft verurteilt. Er kam nach Berlin-Hohenschönhausen ins „Lager X“. Selbst ein MfS-Offizier war dort erstaunt, als er den wirklichen Grund der Verhaftung von Hellström erfuhr: „Ich habe einen Brief an einen Freund nach Westberlin geschrieben und Kritik am Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts [in die ČSSR am 21. August 1968 – d. Verf.] geübt.“ Am 1. Juli 1970 war die Haftzeit zu Ende, nicht aber die Überwachung durch das MfS, die bis zur friedlichen Revolution 1989 dauerte.

Peter Hellström gehörte dann zu den aktiven Bürgerrechtlern des Herbstes 1989 im Demokratischen Aufbruch. In jahrelanger akribischer Arbeit hat er – ein begeisterter Philatelist – später sein Buch über die Postkontrolle der Staatssicherheit geschrieben. Dabei geht er weit über seinen eigenen Fall hinaus und schildert die Tätigkeit der 2177 MfS-Mitarbeiter, die täglich etwa 90 000 Briefe kontrollierten und teilweise illegal öffneten. Diese „Abteilung M“ bewegte sich im rechtsfreien Raum, denn in der Verfassung der DDR war das „Postgeheimnis“ sehr wohl aufgeführt. Aber die Angestellten von „Schild und Schwert der Partei“ verletzten es nicht nur, sondern stahlen auch im Auftrag Devisen und Wertgegenstände aus den Postsendungen – dafür gab es sogar staatliche Planvorgaben!

Der Band ist ein wichtiger wissenschaftlicher Beitrag zur Beurteilung der DDR-Diktatur, gleichzeitig auch ein erschütterndes persönliches Dokument gegen jede Form von Weichzeichnung dieses Staates. Dem ausgezeichneten Buch ist eine weite Verbreitung zu wünschen, besonders in den Seminaren der Historiker und Lehrer, denen oft die Kenntnisse über unsere jüngste Vergangenheit fehlen.

Anton Odenthal

.....
Peter Hellström: Die Postkontrolle der Staatssicherheit – Aus der Sicht eines Zeitzeugen. Morgana Edition, Berlin 2010, 435 S., 29,90 €

„Elemente wie Sie müßte man liquidieren!“

Insgesamt verfaßte der Autor 16 Bücher über die DDR, manche in mehrfachen Auflagen. Seine Spezialgebiete sind die innerdeutsche Grenze und die Grenztruppen. Im vergangenen Jahr hat Peter Lapp seine Biographie veröffentlicht, und mit dieser persönlichen Geschichte erlebt der Leser noch einmal die Jahrzehnte deutscher Teilung.

Sein Elternhaus gab ihm nicht die notwendige Zuwendung und Geborgenheit. Glücklicherweise fühlte er sich nur bei seinen Großeltern in Thüringen. 1959 siedelt er zu ihnen in die DDR über. In seinen jugendlichen Träumen glaubt er der Propaganda Ost-Berlins über die nationale Frage und den Sozialismus. Ein politischer Verdacht gegen ihn zerbricht indes sein „naives Zutrauen zu diesem System, in dem ich eine Heimat finden wollte“. Mit wachsender Ablehnung der DDR planen er und einige Freunde, illegal Widerstand zu leisten – letztlich romantische, unausgegorene Aktivitäten. Durch Verrat werden alle verhaftet. Eigentlich hätte der MfS-Vernehmer feststellen müssen, daß vor ihm kein großer Staatsfeind steht, dennoch brüllt er: „Elemente wie Sie müßte man liquidieren!“, und wirft ihm „hohe Gesellschaftsgefährlichkeit“ vor – wohl, um seine eigene Bedeutung herauszustreichen. Das Gericht verurteilt Lapp zu vier Jahren und sechs Monaten Zuchthaus. Er müsse als „Feind der DDR unschädlich gemacht werden“.



Das Zuchthaus Waldheim wird seine Lebensschule: Das Zusammenleben mit politischen und kriminellen Gefangenen aus allen Schichten vermittelt ihm Einsichten und Erfahrungen, die er in Freiheit nie erlangt hätte. Unterstützung in all den qualvollen Jahren findet er bei den „Politischen“ – oftmals sind es Wissenschaftler, Ingenieure und Studenten. Einen guten Ruf haben auch die Zeugen Jehovas mit ihrer kompromißlosen Ablehnung der DDR. Der Anstaltspfarrer, ein religiöser Sozialist, ist ohne Überzeugungskraft und ohne innere Wärme für „Staatsfeinde“. Als 1961 die Berliner Mauer entsteht und der Westen nichts tut, arrangieren sich die ersten „Politischen“ resignierend mit dem SED-Regime...

Drei Jahre später wird Lapp von Bonn freigekauft: „Ein unbeschreibliches Glücksgefühl stellt sich ein, eine Art von bewußter Wiedergeburt.“ Bald kann er auf einer Hamburger Akademie und dann auf der dortigen Universität studieren, wo er mit einer Promotion über die DDR-Volkshochschule abschließt. In Norddeutschland wird er Leiter einer Volkshochschule. Mit tiefem Bedauern muß er indes feststellen, daß die Wiedervereinigung nicht mehr auf der politischen Tagesordnung steht. Seine Lebensgeschichte stempelt ihn nun ab als „Kalten Krieger“. Keineswegs wenige junge Leute – auch Studenten! – halten Lenin und Stalin für ihre Vorbilder.

Ende 1976 erhält er eine Anstellung bei der Ost-West-Redaktion des Deutschlandfunks (DLF). Hatte dieser den klaren gesamtdeutschen Auftrag, der Information der DDR-Bevölkerung zu dienen, so beginnt man selbst dort, die Existenz der offenen deutschen Frage zu leugnen. Führende Redakteure verhindern nicht selten unbequeme Sendungen – wollen sie im Zuge einer mißverständenen Entspannungspolitik doch gegenüber der DDR-Diktatur nett und höflich sein. Im August 1987 wird ein Interview Lapps mit einem bekannten Prager Reformers gesendet, der das baldige Ende des Sowjetblocks prognostiziert. Verbittert schreibt dazu der Autor: „Aber das wollten die meisten Menschen im Westen gar nicht wissen. Mit dem Status quo hatte man sich längst abgefunden, an grundlegende Veränderungen glaubte kaum jemand. Und wollte sie auch nicht!“ Eine Presse-Einladung beim BND hingegen kündigt diese „grundlegenden Veränderungen“ an.

Ab Oktober 1989 berichtet der DLF über das Geschehen in der DDR rund um die

Uhr, die politische Wende ist sehr deutlich zu spüren. Nach der Wiedervereinigung erfährt der Autor von seiner Beurteilung durch das MfS: „Vom DLF genießt Peter Lapp den Ruf, die DDR in ihren inneren Strukturen von allen Journalistenkollegen am besten zu kennen. Er hat die Schwachstellen und Angriffspunkte der sozialistischen Demokratie sowie des Verteidigungssystems am besten analysiert.“ Gibt es eine größere Ehrung als diese Einschätzung durch die Staatssicherheit?

Friedrich-Wilhelm Schlomann

.....
Peter Joachim Lapp: Aus deutscher Teilungszeit. Eine Ost-West-Biographie. Helios-Verlag, Aachen 2009, 208 S. mit 39 Abb., 19,90 €

Ein Leben für Freiheit und Demokratie

(gb-st) Der langjährige Vorsitzende des Bautzen-Komitees, Hans Corbat, ist am 10. Juni 2010 nach langer Krankheit im Alter von 83 Jahren verstorben.

Zehn Jahre hatte er in Lagern und Gefängnissen des sowjetischen NKWD und des DDR-Innenministeriums verbracht. Wegen der bevorstehenden Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD war er aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten und wurde im April 1946 verhaftet. Ein Sowjetisches Militärtribunal verurteilte ihn zu 20 Jahren Lagerhaft. Sein Weg durch Gefängnisse und Speziallager endete erst im März 1956 mit der Entlassung aus der Strafvollzugsanstalt Bautzen.

Nach der Haft heiratete Hans Corbat und durchlief eine Beamtenlaufbahn im gehobenen Dienst. Doch immer sah er es auch als Verpflichtung an, die Erinnerung an seine umgekommenen Haftkameraden wachzuhalten und sich für Demokratie und Freiheit einzusetzen. Neben dem Engagement für das Bautzen-Komitee und dem Aufbau der Gedenkstätte Bautzen berichtete er unermüdlich in Vorträgen, Lesungen und Zeitzeugengesprächen über die schrecklichste Zeit seines Lebens. 2004 veröffentlichte er seine Hafterlebnisse unter dem Titel „Unserer Entwicklung steht er feindlich gegenüber“. Für seinen Einsatz erhielt er 2009 das Bundesverdienstkreuz.

Hans Corbat war ein sehr aufgeschlossener Mensch. Bereits im höheren Alter,

Veranstaltungen

sion und Alltag“. Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

31.8. (Di), 18.00 Uhr:

Solidarität mit „Solidarność“. Die Angst der DDR-Staatssicherheit vor der polnischen Freiheitsbewegung 1980/81; Podiumsdiskussion u. Filmbend mit Dr. Christian Halbrock, BStU, Dr. Burkhard Olschowsky, Bundesinstitut f. Kultur u. Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, u.a.; Veranstaltung d. BStU u.a.; Ort: Vertretung des Landes Brandenburg beim Bund, In den Ministergärten 3, 10117 Berlin

2.9. (Do), 19.00 Uhr:

„Urteile unter zehn Jahren dürfen nicht gefällt werden“. Die Waldheimer Schnellprozesse vor 60 Jahren. Vortrag u. Diskussion mit Dr. Falco Werkentin, Historiker u. Soziologe, einem Zeitzeugen u. Johann Jagenlauf, Vors. Richter d. LG Leipzig; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

4.9. (Sa), 14.00 Uhr:

Cs-137-Strahlenquellen im DDR-Grenzregime gegen Personenschleusungen. Ref. Reinhard Dobrinski; Veranstaltung d. Forums zur Aufklärung und Erneuerung; Ort: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

6.9. (Mo), 19.00 Uhr:

„Wir sind das Volk!“ Montagsgespräch in der „Runden Ecke“ mit Roland Quester; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

7.9. (Di), 19.00 Uhr:

Mein Vater – der Spion. Lebensbericht von u. mit Thomas Raufeisen; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus/Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin-Mitte

8.9. (Mi), 18.00 Uhr:

Stasi Opfer – Unsichtbare Wunden. Spätfolgen politischer Repression in der DDR. Ref. Dr. Karl-Heinz Bomberg, FA f. Psychotherapeutische Medizin u. Psychoanalytiker, Prof. Dr. Bernd Löwe, Dir. d. Universitären Klinik f. Psychosomat. Med. u. Psychotherapie Hamburg, PD Dr. Carsten Spitzer, Ltd. OA d. Universitären Klinik f. Psychosomat. Med. u. Psychotherapie Hamburg; Veranstaltung d. Universitären Klinik f. Psychosomat. Med. u. Psychotherapie, Schön Klinik Hamburg-Eilbek; Ort: Schön Klinik Hamburg-Eilbek, Auditorium, Haus 7, 4. Stock, Dehnhaide 120, 22081 Hamburg; Informationen zur Anmeldung über Tel. (040) 20 92 72 01

11.9. (Sa), 18.00 Uhr:

Gewalt hinter Gittern. Gefangenmißhandlungen in der DDR. Ausstellungseröffnung; Veranstaltung d.



Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

12.9. (So), 10.00-17.00 Uhr:

Tag des offenen Denkmals. Führungen, Zeitzeugengespräche und Dokumentarfilme; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

14.9. (Di), 19.00 Uhr:

Deutschland 2.0 – Eine vorläufige Bilanz der deutschen Einheit. Buchpräsentation mit Autor Claus Christian Malzahn; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Hertie School of Governance, Friedrichstr. 180, 10117 Berlin

16.9. (Do), 18.00 Uhr:

„Der gute Vater – eine Tochter klagt an“. Wie Stasi-Akten die unbekanntes Vergangenheit des Vaters ans Licht brachten. Filmvorführung u. anschließendes Gespräch mit Beate Niemann, Autorin d. Buchvorlage des Films, Yoash Tatarski, Filmemacher, Henry Leide, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

17.9. (Fr), 18.00 Uhr:

Jugend in der DDR – Rock und Punk als alternative Protest- und Spaßkultur. Ref. Thomas Lukow; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock, Ort: Volkshochschule Greifswald, Martin-Luther-Str. 7 a, 17489 Greifswald

21.9. (Di), 19.00 Uhr:

Erinnerungsorte an die kommunistischen Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts. Ref. Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus/Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin-Mitte

Vorschau

23.9. (Do), 19.00 Uhr:

„Knastrauke“. Das Schicksal von politischen Häftlingen der DDR nach der deutschen Wiedervereinigung. Buchvorstellung mit Autorin Dr. Sibylle Plogstedt; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

erarbeitete er sich den Umgang mit Computertechnik und nutzte sie begeistert. Und er hatte einen ganz eigenen Humor, mit dem er sich und anderen immer wieder über Kummer und Ärger hinweghalf. Hans Corbat wird nicht nur seinen Bautzener Haftkameraden fehlen.

Verlust für die Aufarbeitung

(gbh-st) Am 12. Juni 2010 ist der frühere DDR-Oppositionelle, Bernd Eisenfeld, im Alter von 69 Jahren verstorben. Nachdem er bereits 1966 den Wehrdienst mit der Waffe verweigert hatte, sogenannter Bausoldat wurde und Berufsverbot erhielt, wurde er 1968 verhaftet, weil er gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings durch Truppen des Warschauer Pakts protestiert hatte. In 180 selbstgedruckten Flugblättern, die er verteilte, hatte er ohne jeden Kommentar Auszüge aus Lenins „Dekret über den Frieden“ zitiert. In dieser Schrift verurteilte Lenin die Annexion fremder Territorien. Über den Text hatte Bernd Eisenfeld geschrieben: „Denk bitte nach! bitte schweig nicht!“ Später sagte er dazu: „Die Bürger zu biten, über ein Lenin-Zitat nachzudenken und nicht zu schweigen – das erschien mir legal. Doch irrte ich gewaltig!“ Im September 1968 wurde er verhaftet und nach knapp sechs Monaten zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft wegen mehrfacher „staatsfeindlicher Hetze“ verurteilt. Er mußte die Strafe bis zum letzten Tag verbüßen.

Nach mehreren abgelehnten Ausreisearträgen durfte Bernd Eisenfeld 1975 schließlich nach West-Berlin ausreisen. Dort schrieb er u.a. das erste Buch über Wehrdienstverweigerung in der DDR und half ehemaligen politisch Verfolgten aus der DDR. Ab 1985 arbeitete er am Gesamtdeutschen Institut, später in der Bundeszentrale für politische Bildung und ab 1992 in der Stasi-Unterlagen-Behörde. Die Auseinandersetzung mit dem DDR-System hat sein Leben bestimmt.

Gedenken in Jamlitz

Die Initiativegruppe Internierungslager Jamlitz lädt alle ehemaligen Häftlinge, Angehörigen und Interessierten zur diesjährigen Feier des Gedenkens der Toten des NKWD-Lagers Nr. 6 Jamlitz am 11. September 2010 ein.

11.00 Uhr - Gedenkgottesdienst mit Pfarrer D. Plasan in der Evangelischen Landkirche zu Lieberose

14.00 Uhr - Gedenken an den Massengräbern auf dem Waldfriedhof Jamlitz: Kranzniederlegungen, Begrüßung der Teilnehmer, Erinnern an die Toten, Gedenkansprache, Grußworte, Schlußdank

16.00 Uhr – im Gemeindehaus: Lesung mit Ursula Fischer und Buchvorstellung Andreas Weigelt „Erhebe den Blick – Sowjetische Haftstätten in Deutschland im Spiegel künstlerischer und literarischer Zeugnisse“

Büchertisch, Gelegenheit zum Essen, Ansprechpartner der Initiativegruppe im Gemeindehaus

Wer vom Bahnhof Lübben oder Cottbus abgeholt werden möchte, melde sich bitte bei Kurt Noack an, Tel. (03 56 00) 65 52, E-Mail kurt-noack@gmx.net

Kurt Noack

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juli und August Geburtstag haben

Siegfried Taßbach am 1. Juli, Evelyn Trunschke-Krüger am 4. Juli, Asnath Bogasch, Werner Jahn, Michael Teltz, Otto Wienke am 5. Juli, Hartmut Rührdanz am 7. Juli, Lotte Ohnezeit, Herbert Pfaff am 8. Juli, Theo Mittrup am 14. Juli, Jutta Eisenfeldt am 16. Juli, Irene Gobereit am 17. Juli, Christel Hofmann am 19. Juli, Sigrid Lorenz am 20. Juli, Chris Milcke am 21. Juli, Heinz Pahl am 22. Juli, Helmut Kuhn, Monika Munki am 24. Juli, Jürgen Kurt Wenzel am 25. Juli, Ute Görge-Waterstraat am 26. Juli, Hans-Joachim Wolf am 28. Juli, Heinz Keller am 29. Juli, Hans-Joachim Schafft am 1. August, Thomas Drobisch am 3. August, Gretel Staschek am 4. August, Ekkehard Schultz am 7. August, Olaf Burow, Jürgen Klandt, Alfred Ullmann am 8. August, Elisabeth Junge am 9. August, Rudolf Böhm, Volker Pilz am 10. August, Waldemar Moritz am 12. August, Marianne Modrack am 14. August, Wolfgang Göllnitz am 15. August, Horst Schüler am 16. August, Holger Buge am 17. August, Ingeborg Wra-



UOKG-Beratungsstelle

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Do, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Di-Fr, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption), Mo-Fr, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen. Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

bec am 22. August, Erika Ryssel am 25. August, Günther Rudolph am 29. August
Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich
die Redaktion

Herzlichen Dank unseren Spendern

Hans Corbat †, Elke Daßau, Hans Engelke, Wolfgang Heitmann, Peter E. Müller, Walter u. Doris Schulze, Werner Selka, Dr. Egon Weber, Rudolf Zenker

BSV Berlin

Spenden und Beitragskonto
66 72 98 400
Berliner Bank AG
BLZ 100 708 48
Absenderangabe nicht vergessen!
Verwendungszweck bitte mit „Beitrag“ oder „Spende LV Berlin“ angeben (Stacheldraht-Konto siehe Impressum unter „Redaktion“).
Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Bei Bedarf wird eine Spendenquittung zugestellt.

Besonders danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Horst u. Rosemarie Badock, Gottfried Dutschke, Dr. Karl-Heinrich Ebel, Ingrid u. Günter Grimmer, Prof. Dr. Werner Gumpel, Margot Hampe, Benno v. Heynitz, Gottfried Hieronymus, Dr. Hartmut Holz, IG Internierungslager Jamlitz, Hans Joachim Kaiser, Ursula Koeppen, Elisabeth Kranenpoot, Willi Kranz, Klaus Krüger, Christa Langner, Walter Lattorff, Jürgen Lorenz, Gerhard u. Hannelore Nehls, Lotte Ohnzeit, Manfred u. Gisela Rohde, Bernd Dieter Salamon, Anneliese Schilling, Günther u. Gisela Schlierf, Anita Schmidt, Ulrich Schmidt, Volker Schmidt, Wolfgang Scholze, Gabriele Streckfuß, Oskar Stück, Dieter u. Helga Weise, Otto Wienke, Hans-Georg Wolf, H. Wüstemann
Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Beitrags- u. Spendenkonto des BSV LV Berlin:
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Konto-Nr. 66 72 98 400
E-Mail: bsvbb@yahoo.de

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14,
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Sprechzeiten u. Beratung, Juristin Elke Weise:
Mi u. Do 10-16 Uhr, Di 9-18 Uhr

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Verbandekoordination: Carola Schulze, Florian Kresse
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93-52/-53, Fax -40
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup,
Tel. (030) 55 77 93-51
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,
Haus 14, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342 728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,
E-Mail: der-stacheldraht@web.de
BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Verlag: Westkreuz-Verlag GmbH, Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin,
Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66
Auflage: 10 300
Verkaufspreis 1,- Euro

Herstellung und Vertrieb: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn,
Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin
E-Mail: druck@westkreuz.de, Internet: www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 31. Juli 2010

